

A stylized world map composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to represent specific regions.

Alternative Entwicklungsmodelle für Asien

Warum eine sozial-ökologische Transformation dringend
nötig wäre, aber niemand darüber spricht

SONJA SCHIRMBECK
Oktober 2017

- Angesichts der Überschreitung ökologischer planetarischer Grenzen und zunehmender sozialer Ungleichheit ist eine tiefgreifende sozioökonomische Transformation angezeigt. Dies gilt insbesondere für die Länder Asiens, die überdurchschnittlich stark unter dem Klimawandel und anderen Umweltproblemen leiden und in denen die soziale Schere zwischen Fabrikarbeiter_innen und neuen urbanen Mittelschichten immer weiter auseinanderklafft.
- Das Konzept einer sozial-ökologischen Transformation zeigt die gemeinsamen Ursachen der sozialen und ökologischen Krise sowie Lösungsansätze zu deren Überwindung im Sinne alternativer Entwicklungsmodelle auf. Soziale und ökologische Probleme werden nicht gegeneinander aufgewogen, sondern von vornherein zusammen betrachtet.
- Während in Lateinamerika, Europa und teilweise auch in Afrika rege Diskussionen über alternative Entwicklungsmodelle geführt werden, finden sich in Asien – trotz unübersehbarer sozialer und ökologischer Probleme – so gut wie keine Ansätze für vergleichbare Diskurse. Die wenigen Diskursteilnehmer_innen, die eine Abkehr von vorherrschenden Entwicklungsmodellen und tiefgreifende Reformen fordern, werden marginalisiert, teilweise verlacht und politischen Repressionen ausgesetzt.
- Das vorliegende Papier analysiert die Hintergründe dieser schwierigen Diskurskonstellation in den Ländern Asiens, wobei die weitaus fruchtbarere Situation in Lateinamerika als Vergleich herangezogen wird. Abschließend werden Empfehlungen für die Öffnung des Diskurses in Asien vorgestellt – für einen ersten, grundlegenden Schritt auf dem Weg zu einer sozial-ökologischen Transformation.



Vorwort	3
Ausgangspunkt und Aufbau des Papiers	3
Hintergrund: Warum eine sozial-ökologische Transformation unabdingbar ist	3
Warum brauchen wir eine ökologische Transformation?	3
Warum brauchen wir eine soziale Transformation?	5
Was ist eine sozial-ökologische Transformation?	7
Warum ist das Konzept einer sozial-ökologischen Transformation auch für Asien relevant?	11
Analyse: Warum in Asien kaum ein Diskurs über eine sozial-ökologische Transformation geführt wird	12
Geografische, ökologische und historische Faktoren	13
Ökonomische und soziale Faktoren	15
Politische Faktoren, Akteurs- und Diskurskonstellationen	18
Empfehlungen: Wie wir den Diskurs über eine sozial-ökologische Transformation in Asien befördern können	22
Literatur	26
Weitere Webseiten	30



Vorwort

Die Politikanalyse basiert auf den Erfahrungen, die ich im Rahmen meiner mehrjährigen Tätigkeit als FES-Regionalkoordinatorin für Klima-, Energie- und Umweltpolitik in Asien gesammelt habe, sowie auf den Ergebnissen eines Kurses während der Degrowth Summerschule des »Klimacamps im Rheinland« im August 2016. Für inhaltliches Feedback danke ich insbesondere Alvaro Calix, der den Kurs des »Klimacamps« essenziell mitgestaltet hat, Dorothea Konstantinidis, als exzellente Kennerin sowohl des lateinamerikanischen als auch des asiatischen Diskurses, Lars Blume in Vietnam sowie meinen Kolleg_innen in der FES, Manuela Mattheß (FES Berlin), Christian Denzin (FES Mexiko), Marc Saxer (FES Indien / Leitung des Referats Asien und Pazifik) und Dr. Michael Langer (FES Venezuela).

Ausgangspunkt und Aufbau des Papiers

»Wenn jede_r Asiat_in Auto führe, bräuchten wir mehrere Erden.« Dieses – zugegeben etwas banale – Gedankenspiel ist seit Jahrzehnten Gegenstand westlicher Klima- und Rohstoffdiskurse. Dabei enthüllt es vor allem zwei Annahmen: Erstens die (zutreffende) These, dass unser Planet einen Konsum Asiens, der dem des Globalen Nordens gleicht, nicht verkraften würde; und zweitens die (ethisch problematische) Ansicht, dass dem »Westen« eine Sicherung des erreichten Wohlstands- und Konsumniveaus eher zustünde als eine »nachholende« (Konsum-)Entwicklung des Globalen Südens.

Diese beiden Annahmen, die sich in diesem Gedankenspiel spiegeln, bilden den Ausgangspunkt des vorliegenden Papiers:

Der folgende zweite Abschnitt widmet sich der Frage, warum angesichts der drohenden Überschreitung planetarischer Grenzen und wachsender globaler Ungleichheit eine Abkehr von bisherigen Wachstumskonzepten angezeigt ist. Die ökologischen Herausforderungen werden unter Punkt 2.1, die sozialen unter Punkt 2.2 umrissen. Unter Punkt 2.3 werden zunächst das Konzept einer sozial-ökologischen Transformation vorgestellt, das die gemeinsamen Wurzeln ökologischer und sozialer Krisen aufzeigt, und vor diesem

Hintergrund sowohl ökologische als auch soziale Herausforderungen adressiert. Anschließend wird erläutert, warum eine sozial-ökologische Transformation nicht nur ein notwendiger, sondern auch ein wünschenswerter Schritt hin zu alternativen Entwicklungspfaden ist. Darauf aufbauend widmet sich Punkt 2.4 der Frage, warum eine sozial-ökologische Transformation auch für Asien eine Chance darstellen würde.

Abschnitt drei macht den Hauptteil des Papiers aus und stellt Gründe dafür heraus, warum man bei einer Diskussion über alternative Entwicklungspfade in Asien häufig verständnisloses Kopfschütteln ernetet. Hierbei werden verschiedene Faktoren für das Fehlen dieses Diskurses aufgezeigt. Zudem wird die Situation derjenigen in Lateinamerika gegenübergestellt, wo sich – bei teilweise frappierend ähnlichen Ausgangsbedingungen – ein reger Diskurs über eine sozial-ökologische Transformation und verwandte Konzepte entwickelt hat.

Im abschließenden Abschnitt vier werden Empfehlungen dafür vorgestellt, wie ein progressiver Diskurs auch in Asien vorangebracht werden kann.

Hintergrund: Warum eine sozial-ökologische Transformation unabdingbar ist

Warum brauchen wir eine ökologische Transformation?

Die These, dass unendliches Wachstums auf einem endlichen Planeten nicht möglich sei, ist nicht neu, aber immer schwerer zu ignorieren. Dass wir auf bestem Wege sind, unseren Planeten für die nächsten Generationen sowie für die Mehrzahl anderer Lebewesen unbewohnbar zu machen, ist mittlerweile *common sense* und durch zahllose Studien belegt, welche sich verschiedensten Bereichen der Übernutzung unseres Planeten widmen. Mit dem Konzept der »planetarischen Grenzen« stellten Rockström et al. 2009 eine Übersicht über diejenigen Bereiche vor, in denen unser Handeln die Anpassungsfähigkeit des »Gesamtsystems Erde« zu überschreiten droht.¹

Allgemein bekannt ist zudem, dass die planetarischen

1. Für die letzte Version des Artikels vgl. Steffen / Richardson / Rockström et al. (2015): Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet, in: *Science* 347/6223.

Grenzen bezüglich des Verlusts von Biodiversität bereits deutlich überschritten worden sind: Studien, die einen Verlust von 60 Prozent (!) aller Wirbeltierarten innerhalb der letzten 40 Jahre feststellen, sorgten unlängst für Furore.² Dabei sind intakte Ökosysteme nicht nur ein Wert an sich, sondern stabilisieren auch andere wichtige Systeme, wie zum Beispiel unseren Wasserhaushalt und das Klima. Zu den weniger beachteten, aber ebenso problematischen Bereichen gehören die rasche Änderung der Landnutzung (*land-system change*) sowie die Veränderung des Kreislaufs biochemischer Stoffe.³ Hinzu kommen zahlreiche weitere Herausforderungen, wie zum Beispiel die Verschmutzung der Erde – insbesondere der Ozeane – mit nicht abbaubarem Müll,⁴ die Verknappung von Trinkwasser-Reserven durch Übernutzung und Verschmutzung sowie die zunehmende Luftverschmutzung.⁵

Die international am häufigsten diskutierte planetarische Grenze ist der Klimawandel. Während vor einem Jahrzehnt noch davon die Rede war, dass der Klimawandel das Leben künftiger Generationen beeinträchtigen könnte, lassen sich die globalen Auswirkungen von Temperatur- und Meeresspiegelerhöhung heute *live* beobachten – als erfahrbare Realität in der Gegenwart. Die Entwicklungen in den wärmsten Jahren seit Beginn der

Wetteraufzeichnungen (2014, 2015 und 2016) – extrem hohe Temperaturen an den Polen mit entsprechender Eisschmelze sowie Dürren und Überschwemmungen mit katastrophalen Folgen für Millionen von Menschen – übertrafen teilweise sogar die pessimistischsten Prognosen von Klimawissenschaftler_innen. Dabei sind diese Auswirkungen nur die Spitze des Eisbergs, denn die als »planetarische Grenze« gewertete Erhöhung der weltweiten Durchschnittstemperatur um +1,5 °C bis +2 °C haben wir noch nicht erreicht.

Die Vermeidung einer solchen Temperaturzunahme ist essenziell wichtig, da in diesem klimatischen Rahmen die sogenannten »Kippunkte« des Klimasystems liegen. Das Erreichen dieser Punkte würde zu einer automatisch anlaufenden, immer weiteren Verstärkung des Klimawandels führen. Recht bekannte Kippunkte sind beispielsweise das Abschmelzen der Sonnenlicht reflektierenden Pole, das Tauen von Permafrostböden, in denen große Mengen des Klimagases Methan gebunden sind, oder das Austrocknen von Regenwäldern, die als CO₂-Senken verloren gingen. Die genauen Auswirkungen des Erreichens dieser Kippunkte und die Folgen eines (dann wahrscheinlichen) Temperaturanstiegs um sieben Grad oder mehr sind durch heutige Klimamodelle nicht modellierbar. Fest steht jedoch, dass diese Entwicklung durch den Menschen nicht mehr einzudämmen, geschweige denn umkehrbar wäre.

Um ein Erreichen der Kippunkte des Weltklimasystems noch abzuwenden, ist ein drastisches Umsteuern erforderlich. Selbst um die Zunahme der Erdtemperatur auf +2 °C zu begrenzen, dürften spätestens 2060 (für einige Entwicklungsländer spätestens 2075) netto weltweit keine Treibhausgas-Emissionen mehr ausgestoßen werden. Für eine Begrenzung der Temperaturzunahme auf +1,5 °C, bei der wir deutlich sicherer sein könnten, dass die Kippunkte nicht erreicht würden, wären eine noch schnellere Reduktion von Treibhausgasen sowie negative Emissionen gegen Ende des Jahrhunderts notwendig.⁶

2. Die Zahlen basieren auf folgender ausführlichen Studie: WWF (2016): *Living Planet Report 2016. Risk and resilience in a new era*; <https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/AWWF-LivingPlanetReport-2016.pdf> (aufgerufen am 29.6.2017). Forscher_innen sprechen vom sechsten Massensterben der Erdgeschichte, das sich allerdings weit schneller vollzieht als die fünf vorherigen.

3. Erhoben werden hier vor allem die Übernutzung von Phosphor, das als Grundlage für Düngemittel unverzichtbar ist, sich jedoch rasch verknappt, und Stickstoff, der in viel zu hohem Maße, insbesondere in der Landwirtschaft, eingesetzt wird und unter anderem zu einer Verseuchung von Gewässern (Nitratbelastung im Grundwasser, Algenblüte in den Ozeanen ...) führt.

4. Jedes Jahr gelangen mindestens acht Millionen Tonnen Plastikmüll ins Meer, wobei Verpackungen einen Großteil davon ausmachen. Diese Menge entspricht etwa einer Entladung eines Müll-Lasters ins Meer pro Minute. Es wird geschätzt, dass sich diese Menge bis 2030 verdoppeln und bis 2050 vervierfachen wird. Dann wird es – rein nach Gewicht – mehr Plastik im Meer geben als Fische. Vgl. World Economic Forum (2016): *The New Plastics Economy: Rethinking the Future of Plastics*. Cologny/Geneva.

5. Das globale Trinkwasserdefizit könnte bis 2030 auf 40 Prozent steigen. Dies würde bedeuten, dass mindestens 1,8 Milliarden Menschen keinen verlässlichen Zugang zu sauberem Trinkwasser hätten. Vgl. UNESCO (2016): *The United Nations World Water Development Report 2016. Water and Jobs. Facts and Figures*. Colombella. Jedes Jahr sterben ungefähr 6,5 Millionen Menschen an Luftverschmutzung. Sie rangiert somit weltweit auf Platz vier der Gesundheitsrisiken (nach Bluthochdruck, schlechter Ernährung und Rauchen). Vgl. International Energy Agency (2016): *Energy and Air Pollution. Executive Summary*. Paris. Auf die weiteren von den Autor_innen genannten planetarischen Grenzen, nämlich das Ozonloch, sowie auf die Verschmutzung durch Chemikalien kann hier aus Platzgründen nicht eingegangen werden.

6. Negative Emissionen, also eine Netto-Entfernung von Treibhausgasen aus der Erdatmosphäre, könnte z. B. durch massive Aufforstungskampagnen oder die Renaturierung von Böden erreicht werden. Dieses Konzept geht ausdrücklich weiter als das der *net-zero emissions*, welches vor allem von großen CO₂-Emittenten propagiert wird und auf vermeintliche – technisch noch nicht umsetzbare – »Lösungen« wie *carbon capture and storage* setzt, mit denen die entstehenden Emissionen gleich wieder aufgefangen werden sollen, sodass zumindest keine neuen Emissionen mehr in die Atmosphäre entlassen würden.

Bedauerlicherweise sind in den vergangenen Jahrzehnten, trotz der langjährigen Diskussion über den Klimawandel, die Treibhausgas-Emissionen noch angestiegen.⁷ Das deshalb notwendige, drastische Umsteuern auf eine treibhausgasneutrale Wirtschaftsweise ist vor allem für Schwellen- und Entwicklungsländer eine enorme Herausforderung. Diese Umstellung der Wirtschaftsweise sollte aber nicht als Bedrohung gesehen, sondern als Chance begriffen werden, um einem Entwicklungspfad den Rücken zu kehren, der nicht nur unseren Planeten an den Rand des Kollaps gebracht, sondern auch erhebliche soziale Verwerfungen hervorgerufen hat – kurz: keinem mehr wirklich nützt.⁸

Warum brauchen wir eine soziale Transformation?

Zwar hat die rasante wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte unzweifelhaft dazu beigetragen, Wohlstand zu steigern und die globale Armut drastisch zu reduzieren, doch wird diese Entwicklung durch mehrere Faktoren beeinträchtigt.

Durch den Aufstieg der »Schwellenländer« konnte die Anzahl der »absolut armen« Weltbevölkerung zwischen 1970 und 2015 von 2,2 Milliarden auf 705 Millionen Menschen verringert werden.⁹ Eine direkte Verknüpfung von Wirtschaftswachstum und allgemeinem Wohlstandszuwachs wird heute jedoch vor allem aus drei Gründen immer kritischer gesehen: Erstens wird die Aussagekraft der Indikatoren zur Wohlstandsmessung in Zweifel gezogen; zweitens nimmt die Ungleichverteilung des Wohlstandszuwachses immer groteskere Ausmaße an; und drittens wird hinterfragt, ob das Wachstum in seiner

derzeitigen Form global tatsächlich zu einer besseren Lebensqualität beiträgt.

Im Zentrum der Kritik an der Aussagekraft von Wachstumsindikatoren steht die Fokussierung von Vertreter_innen aus Politik und Wirtschaft auf ein möglichst hohes Wirtschaftswachstum, gemessen am BIP. Dass diese Zahl eine politische Orientierungsmarke und keine wissenschaftlich valide Messeinheit darstellt, ist in den letzten Jahren zunehmend problematisiert worden.¹⁰ Bereits seit Jahrzehnten wird darauf hingewiesen, dass das BIP insofern fehlerhaft ist, als auch negative Entwicklungen (wie hohe Kosten für Aufräumarbeiten nach Chemieunfällen oder Ausgaben des Gesundheitssystems durch Luftverschmutzung) zu seiner Steigerung beitragen. Alternativmodelle, die das BIP durch Einheiten zu ersetzen versuchen, die diese Negativ-Entwicklungen ausblenden, konnten sich aufgrund ihrer mangelnden »Griffigkeit« bisher leider nicht durchsetzen.¹¹

Eine sozial-ökologische Transformation würde jedoch notwendigerweise eine Abkehr vom »BIP-Fetischismus« und eine Hinwendung zu einer Messung und Bewertung qualitativer Indikatoren der Wohlstandsentwicklung bedeuten. In den letzten Jahren verstärkten sich zudem die Sorgen darüber, dass sich die weltweite Wohlstandsentwicklung – eben festgemacht am problematischen BIP-Zuwachs gegenüber dem Vorjahr – seit Jahren verlangsamt.¹² Während etablierte Industrieländer teilweise nur knapp über einem Nullwachstum liegen, setzte in einigen rasch aufstrebenden Schwellenländern eine Diskussion darüber ein, ob ein BIP-Zuwachs pro Jahr im

7. Seit 1970 erhöhten sich die CO₂-Emissionen um etwa 90 Prozent. Vgl. Webseite der United States Environmental Protection Agency; <https://www.epa.gov/ghgemissions/global-greenhouse-gas-emissions-data> (aufgerufen am 29.6.2017). Erfreulich ist allerdings, dass im vergangenen Jahr erstmals kein Gesamtzuwachs an Emissionen mehr zu verzeichnen war. Das Tempo der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes ist jedoch deutlich zu langsam, um das +1,5-°C-Ziel und das +2-°C-Ziel zu erreichen.

8. Damit soll nicht gesagt werden, dass es überhaupt keine Verlierer_innen einer solchen Transformation gäbe: Diejenigen, die sich an der Ausbeutung des Planeten momentan bereichern, seien es Kohlelobbyist_innen oder mit ihnen »verhandelte« Politiker_innen, würden sicherlich auf der Seite der Verlierer_innen stehen und versuchen deshalb, Ansätze einer Wende zu blockieren.

9. Vgl. Roser / Ortiz-Ospina (2017): *Global Extreme Poverty*; <https://ourworldindata.org/extreme-poverty/> (aufgerufen am 29.6.2017). Und dies trotz der Tatsache, dass sich die Weltbevölkerung zwischen 1970 und 2015 ungefähr verdoppelt hat (von ca. 3,68 Milliarden auf ca. 7,35 Milliarden). Vgl. Webseite des Worldometers; <http://www.worldometers.info/world-population/> (aufgerufen am 29.6.2017).

10. Beispielsweise in Lepenies (2013): *Die Macht der einen Zahl. Eine politische Geschichte des Bruttoinlandsprodukts*, Frankfurt: Suhrkamp. Die These, das BIP sei erst Mitte des letzten Jahrhunderts vor allem von Politiker_innen als wichtige Größe etabliert worden, während Wirtschaftswissenschaftler_innen seine Aussagekraft von Beginn an in Zweifel gezogen hätten, wurde selbst von der (linksradikalen Argumentationsmustern unverdächtigen) *Wirtschaftswoche* aufgegriffen. Vgl. Schnaas (2013): BIP BIP Hurra!, in: *Wirtschaftswoche*; <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/tauchstieder-bip-bip-hurra/9052994.html> (aufgerufen am 29.6.2017).

11. Bekannte Diskussionen hierzu in Deutschland fanden z. B. in der Enquete-Kommission des Bundestages zu »Wachstums, Wohlstand und Lebensqualität« statt. Vgl. deren Abschlussbericht: Deutscher Bundestag (2013): *Schlussbericht der Enquete-Kommission*, Bonn; <https://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/175745/schlussbericht-der-enquete-kommission> (aufgerufen am 29.6.2017). Eine Kurzbeschreibung des Alternativ-Indikators zum BIP findet sich auf S. 28. Außerhalb Deutschlands fand das in Bhutan entwickelte »Bruttosozialglück« große Beachtung. Mehr dazu unter <http://www.grossnationalhappiness.com/> (aufgerufen am 29.6.2017).

12. Vgl. z. B. die Zahlen unter *The Economist* (2016): World GDP; <http://www.economist.com/news/economic-and-financial-indicators/21707196-world-gdp> (aufgerufen am 29.6.2017).

zweistelligen Bereich nicht einen zu schnellen gesellschaftlichen Umbruch bedeute und deshalb vielleicht gar nicht wünschenswert sei.¹³

Zudem tritt immer deutlicher zutage, dass dieser Wachstumszuwachs immer ungleicher verteilt wird, also ein immer geringerer Teil der Weltbevölkerung davon profitiert. Studien zufolge kam lediglich ein Prozent des weltweiten Wohlstandszuwachses seit der letzten Jahrhundertwende bei der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung (3,6 Milliarden Menschen) an, während die Hälfte dieses Wohlstandszuwachses den reichsten ein Prozent zugutekam. Diese Ungleichgewichtung hat dazu geführt, dass heute 62 Individuen so viel besitzen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung zusammen.¹⁴

Es muss nicht verwundern, dass angesichts dieser Zahlen heute vom lang erwarteten *trickle-down effect* keine Rede mehr ist. Diese »Unwucht« bei der Wohlstandszunahme wirkt sich auf alle Gesellschaften aus. Dabei ist es im Globalen Norden vor allem die Mittelschicht, die sich nicht nur »abgehängt« fühlt, sondern es tatsächlich ist: Zwei Drittel der Bevölkerung in etablierten westlichen Demokratien profitierten zwischen 2005 und 2014 nicht mehr von Einkommenszuwächsen. Beunruhigend ist, wenn auch nicht überraschend, dass es eine Korrelation gibt zwischen den Ländern, in denen die Einkommen für einen Großteil der Bevölkerung nicht mehr steigen, und denjenigen, in denen rechtspopulistische Strömungen den größten Zulauf erhalten.¹⁵

Zu diesem Ist-Zustand kommt hinzu, dass die Notwendigkeit

der Entwicklung neuer sozialer Umverteilungsmechanismen angesichts der digitalen Automatisierung noch an Bedeutung gewinnen wird. In allen Gesellschaften droht ein massiver Jobverlust, der aber auch als Chance begriffen werden kann, Menschen aus sinnentleerer und entwürdigender Arbeit zu befreien, bei der sie oft unter unzumutbaren Sicherheits- und Gesundheitsbedingungen für einen Lohn arbeiten, der kaum zum Leben reicht. Diese Debatte hat mit den Diskussionssträngen über die Entkopplung von menschenwürdigem Einkommen und Arbeit (Stichwort: bedingungsloses Grundeinkommen) sowie einer generellen Umorientierung weg von materiellen Werten (Stichwort: *downshifting*) zumindest im Globalen Norden bereits begonnen, auch wenn hier noch viele Fragen offen sind, wie zum Beispiel der Erhalt sozialer Sicherungssysteme beim massenhaften Abhandkommen klassischer Einzahler_innen.

Dass ein Wohlstandszuwachs dieses zunehmend »abgehängten« Teils der Weltbevölkerung wünschenswert wäre, ist unbestritten – dies gilt jedoch nicht unbedingt für die obersten Bevölkerungsschichten. Zwar wird debattiert, ob Indikatoren für finanzielle wie materielle Armut ein Armutsempfinden nicht erst mit hervorgerufen haben und sich dieses weniger am individuellen Wohlstand ausrichtet als am Vergleich mit dem Wohlstandsniveau anderer; dass die meisten Menschen berechtigterweise jedoch mehr als nur ihre materiellen Grundbedürfnisse befriedigen wollen, dürften nur »Armutsmantiker_innen« hinterfragen, die den Bildern vom »edlen Wilden« des 19. Jahrhunderts verhaftet sind.

Springt man jedoch von diesem unteren Ende der Wohlstandsskala zur globalen Mittel- und Oberschicht, gewinnt das bereits seit Mitte der 1970er Jahre diskutierte »Easterlin Paradoxon« an Bedeutung, nach dem ab einem bestimmten Einkommensniveau ein weiterer Wohlstandszuwachs in immer geringerem Maße zu einer Steigerung des Wohlbefindens beiträgt. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Frage nach einer nicht nur ethisch angezeigten, sondern vielleicht selbst bei der »Oberschicht« individualpsychologisch akzeptablen und somit sozialverträglichen globalen Umverteilung an Relevanz.

13. Vgl. z. B. Artikel zu sozialen Unruhen in China aufgrund des raschen Wirtschaftswachstums, u. a. Zhao (2017): A time of test for the China model of economic growth. In: East Asia Forum; <http://www.eastasiaforum.org/2017/01/29/a-time-of-test-for-the-china-model-of-economic-growth/> (aufgerufen am 29.6.2017).

14. Vgl. Oxfam (2016): *An Economy for the 1%. How privilege and power in the economy drive extreme inequality and how this can be stopped*; https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file_attachments/bp210-economy-one-percent-tax-havens-180116-sum-en_0.pdf (aufgerufen am 29.6.2017). Die Daten beruhen jedoch nicht auf Untersuchungen der INGO, sondern auf denen der Credit Suisse, die einer sozialpolitischen Lesart unverdächtig ist.

15. Vgl. McKinsey Global Institute (2016): *Poorer than their Parents? Flat or Falling Incomes in Advanced Economies. Executive Summary*; <http://www.mckinsey.com/~media/McKinsey/Global%20Themes/Employment%20and%20Growth/Poorer%20than%20their%20parents%20A%20new%20perspective%20on%20income%20inequality/MGI-Poorer-than-their-parents-Flat-or-falling-incomes-in-advanced-economies-Executive-summary.ashx> (aufgerufen am 29.6.2017); sowie Müller (2016): *Stresstest für die Demokratie. Kapitalismus in der Krise*; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/kapitalismus-in-der-krise-der-stresstest-fuer-die-demokratie-a-1134356.html> (aufgerufen am 29.6.2017).

Zusammengenommen zeigen diese unterschiedlichen Entwicklungen, dass die ökologische Notwendigkeit einer Abkehr vom bisherigen Wachstumspfad weniger dramatische Folgen hätte, als viele Kritiker_innen dies beschwören – denn bereits heute ist die Wachstums- von der weltweiten Wohlstandsentwicklung entkoppelt. Die Feststellung, dass eine Transformation des derzeitigen Wirtschaftsmodells sowohl ökologisch als auch sozial wünschenswert wäre, beantwortet jedoch noch nicht die Frage, wie eine solche Transformation gestaltet werden und wohin sie führen könnte.

Was ist eine sozial-ökologische Transformation?

Vor dem Hintergrund drohender Umweltkatastrophen und wachsender sozialer Ungleichheit zeigt das Konzept der sozial-ökologischen Transformationen erstens die gemeinsamen Ursachen der ökologischen und der sozialen Krise auf. Zweitens wird die transformative Überwindung beider Fehlentwicklungen als politische Steuerungsaufgabe gesehen. Und drittens fußt dieser Prozess, auch wenn es keine länderübergreifend anwendbare »Blaupause« für einen Transformationsprozess gibt, auf vier Basiskonzepten, die im Folgenden näher beleuchtet werden.

Das Konzept einer sozial-ökologischen Transformation betont die gemeinsamen Ursachen der ökologischen und sozialen Krise, statt entsprechende Diskursstränge gegeneinander auszuspielen. Akteure und von ihnen vorangetriebene Diskurse, welche die Überwindung entweder der ökologischen oder der sozialen Krise fordern, agieren oft »aneinander vorbei«. Dies gilt sowohl für Ministerien, die sich untereinander nicht abstimmen, als auch für verschiedene Abteilungen großer NGOs.

Teilweise wird die Wichtigkeit sozialer und ökologischer Faktoren sogar gegeneinander aufgewogen: Während die einen alles tun wollen, um den Planeten zu retten, und dabei auch negative soziale Folgen in Kauf nehmen würden, wollen die anderen erst einmal einen gewissen sozialen Entwicklungsstand erreichen und Grundbedürfnisse stillen, um sich Umweltschutz überhaupt leisten zu können. Schließlich könnten reiche Nationen die Anpassung an ökologische Probleme auch viel eher meistern.

Beide Argumentationsmuster haben einen wahren Kern. Dennoch übersehen beide, dass ökologische Probleme und soziale Verwerfungen durch unser derzeitiges globales Wirtschaftssystem hervorgerufen werden, bei dem der »Tanz um das goldene Kalb des BIP« im Vordergrund steht, ohne nach dem sozialen Nutzen dieser Wachstumsfokussierung oder dem Ausmaß an ökologischen Schäden zu fragen. Vor diesem Hintergrund zielt das Konzept einer sozial-ökologischen Transformation zuallererst auf eine Zusammenführung progressiver Diskurse und Akteure aus dem »sozialen« und »ökologischen« Lager ab.

Eine sozial-ökologische Transformation ist eine politische Neuordnungs- und Steuerungsaufgabe, die Gesellschaften als Ganzes adressiert.¹⁶ Ein derart tiefgreifender Wandlungsprozess kann nicht ohne die Rückendeckung einer Gesellschaft gelingen. Eine partizipative Mitgestaltung des Transformationsprozesses ist umso wichtiger, da vor allem durch die soziale Krise das Vertrauen darin sinkt, dass nationale Regierungen noch im Sinne der Bürger_innen handeln bzw. überhaupt handeln können.

Die Mitgestaltung eines Transformationsprozesses sollte somit als Chance gesehen werden, politische Gestaltungsfreiheit wiederzuerlangen. Mit Blick auf die internationale Ebene hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass internationale Organisationen keinesfalls handlungsunfähig sind: Mit dem Pariser Klimaabkommen und den Sustainable Development Goals (SDGs) wurden wichtige internationale Leitlinien für einen Transformationsprozess gesetzt – im Falle der SDGs sogar explizit mit Blick auf ein Zusammenspiel sozialer und ökologischer Faktoren.¹⁷

Die nationale Umsetzung dieser Zielvorgaben kann aber nur gelingen, wenn progressive Politiker_innen genügend Handlungsfreiheit sowie die Rückendeckung breiter Bevölkerungsschichten besitzen. Ohne die Unterstützung oder gar gegen den Widerstand wichtiger gesellschaftlicher Gruppen – von Gewerkschaftsfunktionär_innen, die von einer »grünen Wende« überzeugt

16. Ein derart tiefgreifender Wandel würde in den Politikwissenschaften eher als »Steuerungsaufgabe«, in den Wirtschaftswissenschaften hingegen als »(Neu-)Ordnungsaufgabe« gesehen, also als grundsätzliche Veränderung des Systems, die über die Anpassung an übliche wirtschaftliche Schwankungen hinausgeht.

17. Vgl. die 17 SDGs, vorgestellt auf der Webseite der UN; <http://www.un.org/sustainabledevelopment/sustainable-development-goals/> (aufgerufen am 29.6.2017).

sind, über Ministerialbeamt_innen und Staatsoberhäupter, die entsprechende Verordnungen implementieren, bis hin zu Vertreter_innen der Mittelschicht, die ihre Konsumgewohnheiten ändern müssen – kann dieser Wandel nicht gelingen.

Zwar muss die Ausgestaltung des Transformationsprozesses den jeweiligen nationalen Kontext reflektieren, sodass es keine international gültige Blaupause geben kann; dennoch fußt dieser Prozess auf vier Basiskonzepten: Neben der oben beschriebenen politischen Partizipation sind dies das Zusammenspiel von *green growth* und *degrowth*, eine *just transition* sowie die Ausrichtung am Maßstab der Klimagerechtigkeit.

Eine sozial-ökologische Transformation verbindet Ansätze von *green growth* und *degrowth* und trägt somit zur Überwindung diskursiver Gräben auch innerhalb des ökologisch-progressiven Lagers bei. So, wie es eine mangelnde Kommunikation und Missverständnisse zwischen progressiven Akteur_innen gibt, die sich auf soziale bzw. ökologische Belange fokussieren, bestehen diese auch zwischen den Verfechter_innen verschiedener Ansätze einer ökologischen Wende, insbesondere zwischen den *green growth*- und *degrowth*-Ansätzen.

Vertreter_innen des *green growth* gehen davon aus, dass technische Innovationen mit Blick auf Ressourcen- und Energieeffizienz sowie weitere Maßnahmen für eine »grüne Produktion« eine Beibehaltung des derzeitigen Wachstumsmodells möglich machen werden. Tatsächlich sind auf diesem Gebiet ganz erhebliche Fortschritte erzielt worden – nicht nur bei erneuerbaren Energien, sondern auch aufgrund der Verknappung natürlicher Ressourcen, die Verbrauchsminderung und Recycling bis hin zur Kreislaufwirtschaft ökonomisch attraktiv machen.

Um eine Wahrung der planetarischen Grenzen sicherstellen zu können, schreitet diese Entwicklung jedoch zu langsam und vor allem zu unausgewogen voran: Innerhalb des »Westens« fallen Effizienzgewinne dem *rebound effect* zum Opfer, der eine Überkompensierung eingesparter Ressourcen beschreibt. Gleichzeitig gratulieren sich viele dieser Länder zu einem gelungenen *decoupling* des Zuwachses (!) von Ressourcenverbrauch

und Wachstum, für das es tatsächlich Anzeichen gibt,¹⁸ übersehen dabei jedoch, dass dies zum Teil auf der Auslagerung besonders ressourcenintensiver Industrien in den Globalen Süden beruht. Denn nach wie vor werden Ressourcenverbrauch und Emissionen den Ländern zugerechnet, in denen sie bei der Produktion anfallen, und nicht denjenigen Staaten, für deren Markt die Produkte hergestellt werden.

Eine Weiterentwicklung des *green growth*-Ansatzes ist dennoch wichtig, um diejenigen Industrien möglichst ökologisch aufzustellen, an denen im Interesse aller langfristig festgehalten werden sollte. Es ist zu hoffen, dass dieser ökologische Umbau in möglichst vielen Bereichen gelingt, da hier auch gegenüber Unternehmen immer mit ökonomischem Nutzen argumentiert werden kann. Daneben muss und wird es jedoch auch Wirtschaftsbereiche geben, die schrumpfen werden. Dies betrifft zunächst Sektoren mit hohen Treibhausgas-Emissionen, wie beispielsweise den fossilen Energiesektor. Eine Umorientierung auf erneuerbare Energien – abzulesen an einem entsprechenden Investment-Boom sowie einem *divestment* aus fossilen Energieträgern – hat bereits eingesetzt.¹⁹

Ebenfalls unumstritten sind Kampagnen für einen bewussteren Konsum (z. B. von Bio-Lebensmitteln oder zertifizierter Kleidung), wofür sich mittlerweile nicht mehr

18. 2014 stiegen die globalen CO₂-Emissionen im Vergleich zum Vorjahr erstmalig nicht an und lagen unverändert bei 32,2 Gigatonnen. Gleichzeitig wuchs die Weltwirtschaft um drei Prozent. In der EU sanken die Emissionen um sechs Prozent, in allen OECD-Ländern um 1,8 Prozent. Gleichzeitig stiegen die CO₂-Emissionen außerhalb der OECD-Staaten und Chinas um 290 Megatonnen, was vor allem an der vermehrten Nutzung von Kohle in Südostasien und Indien lag. Vgl. International Energy Agency (2015): *Energy and Climate Change. World Energy Outlook Special Report*. Paris.

19. In 2015 betrug der Anteil erneuerbarer Energien (große Wasserkraftwerke ausgeschlossen) am Bau neuer Stromerzeugungstechnologien erstmalig mehr als 50 Prozent. Investitionen in erneuerbare Energien erhöhten sich auf 286 Milliarden US-Dollar, was einen Zuwachs von drei Prozent im Vergleich zum bisherigen Rekordjahr 2011 bedeutet. Vgl. Frankfurt School – UNEP Collaborating Centre for Climate & Sustainable Energy Finance (2016): *Global Trends in Renewable Energy Investment 2016*; <http://fs-uneep-centre.org/publications/global-trends-renewable-energy-investment-2016>. Von September 2015 bis Dezember 2016 verdoppelte sich die Investitionssumme in die *divestment*-Bewegung auf fünf Billionen Dollar. In 2016 gehörten 688 Organisationen und 58.399 Menschen in 76 Ländern der *divestment*-Bewegung an, die bereit waren, ihr Geld aus fossilen Energieträgern und Firmen zu ziehen. Vgl. Kaufman (2016): *Amount Of Money Divested From Fossil Fuels Doubled Since Last Year. As President-elect Donald Trump's retrograde climate agenda takes shape, this should be welcome news*; http://www.huffingtonpost.com/entry/fossil-fuel-divestment_us_584ee51de4b0bd9c3dfdbce8 (aufgerufen am 29.6.2017).

nur im Globalen Norden ein Markt entwickelt.²⁰ Hierbei handelt es sich um eine Umorientierung innerhalb des bestehenden Wirtschaftssystems, die auch den Arbeitnehmer_innen im Globalen Süden zugutekommt. Dass diese Gruppen von veränderten Konsummustern profitieren, ist hinsichtlich der Forderung nach langlebigeren Produkten, die nicht aufgrund technischer Sollbruchstellen nach wenigen Jahren ersetzt werden müssen, nicht mehr der Fall – ebenso wenig wie die Reparatur solcher Geräte in *repairshops*, die bei der (vor allem westlichen) Mittelschicht ebenso angesagt ist wie der Tausch, das Teilen oder die Eigenherstellung von Gütern.

Ob solche Bewegungen der Anfang einer breitenwirksamen *degrowth*-Bewegung von unten oder eher Ausdruck eines neuen »Biedermeiers« als Antwort auf wahrgenommene globale Verunsicherungen sind, sei einmal dahingestellt. Jedenfalls befinden wir uns hier bereits am Rande des politisch neuralgischen Punktes namens »Konsumverzicht«, der schnell als »Ökodiktatur« wahrgenommen wird, solange er nicht individuell freiwillig geschieht. Gleichzeitig sollte er auch von Befürworter_innen kritisch hinterfragt werden, da dieser selbstverständlich Auswirkungen auf die Produktion im Globalen Süden hat:²¹ Wer im Globalen Norden aus ökologischen Gründen weniger neue Turnschuhe kauft, muss sich auch der sozialen Folgen bewusst sein – nämlich entsprechend weniger Arbeitsplätze in den Fabriken des Globalen Südens.

20. Der Verkauf von Bio-Lebensmitteln außerhalb des Globalen Nordens erbrachte ungefähr 6,5 Milliarden US-Dollar in 2014. Dabei ist Asien der drittgrößte Markt. Vgl. FIBL & IFOAM Organics International (2016): *The World of Organic Agriculture: Statistics and Emerging Trends 2016*; <http://www.organic-world.net/yearbook/yearbook-2016.htm> (aufgerufen am 29.6.2017). Nach einer Marktforschungsstudie sind 55 Prozent der Online-Konsument_innen in 60 Ländern bereit, höhere Preise für sozial und ökologisch nachhaltige Produkte zu bezahlen. Aufgeschlüsselt nach Kontinenten stellt sich die Verteilung wie folgt dar: Asien-Pazifik 64 Prozent; Naher Osten / Afrika 63 Prozent; USA 42 Prozent; Europa 40 Prozent. Vgl. Nielsen (2014): *Global Consumers are Willing to Put Their Money Where Their Heart is When it Comes to Goods and Services from Companies Committed to Social Responsibility*; <http://www.nielsen.com/us/en/press-room/2014/global-consumers-are-willing-to-put-their-money-where-their-heart-is.html> (aufgerufen am 29.6.2017). Es sei allerdings darauf hingewiesen, dass dieser Markt vor allem der Mittel- und Oberschicht zugänglich ist, während es noch nicht gelungen ist, nachhaltige Produkte auch für ärmere Bevölkerungsschichten erschwinglich zu machen.

21. Gegen die These einer »Ökodiktatur«, die einer freien demokratischen Ordnung widerspräche, wird jedoch ins Feld geführt, dass Freiheitsrechte üblicherweise dort beschränkt werden, wo sie die Freiheiten anderer beeinträchtigen. Mit Blick auf die »Freiheit« einiger Länder, besonders ressourcenintensive Wirtschaftszweige ungehemmt auszubauen und damit die Nutzung dieser Ressourcen oder auch die Lebenschancen in vom Klimawandel besonders betroffenen Ländern stark einzuschränken, könnten solche Schranken wirtschaftlicher Freiheiten begründet werden.

Sicherlich ist es sinnvoll, nicht nur weniger Konsumgüter zu erwerben, sondern sich auch weniger über diese zu identifizieren – dies gilt für die ständig wechselnden Moden auf den Schulhöfen des Globalen Nordens ebenso wie für extremen Materialismus im Globalen Süden, wo iPhones, Immobilien und Autos mittlerweile Statussymbole sind, für die sich ihre Besitzer_innen unter dem Druck sozialer Anerkennung teilweise hoch verschulden.²²

Ein solcher Konsumverzicht, vor allem in der Mittel- und Oberschicht des Globalen Nordens sowie der wohlhabenderen Schwellenländer des Globalen Südens, muss jedoch durch eine Neuausrichtung des Wirtschaftsmodells auf dem eigenen Binnenmarkt abgefedert werden, um nicht weitere soziale Verwerfungen hervorzurufen. Zwar wird häufig als Kritik vorgebracht, dass der *degrowth*-Diskurs hauptsächlich innerhalb der saturierten Mittel- und Oberschicht des Globalen Nordens geführt werde, dabei bleibt allerdings unklar, was falsch daran sein soll, die eigenen Privilegien zu hinterfragen. Zudem sollte noch einmal hervorgehoben werden, dass diese *degrowth*-Forderung nicht sämtliche Bereiche betrifft: Nicht einmal die radikalsten Verfechter_innen dieses Ansatzes werben dafür, Biobauernhöfe oder den ÖPNV, geschweige denn unser Bildungs-, Gesundheits- oder soziales Sicherungssystem zu schrumpfen.

Vielmehr besteht im progressiven Lager Einigkeit darüber, dass diese Bereiche noch deutlich ausgebaut werden sollten und die *care-economy* Beschäftigungsmöglichkeiten für ehemalige Mitarbeiter_innen anderer Sparten bieten könnten, die der Digitalisierung zum Opfer fallen werden. *Green growth* und *degrowth* sind damit keine entgegengesetzten, sondern einander ergänzende Konzepte, auf die wir – je nach Wirtschaftsbereich – zurückgreifen müssen, um ein Wirtschaften innerhalb der planetarischen Grenzen sicherstellen zu können.

Zusätzlich muss eine Umorientierung des Wirtschaftssystems im Sinne eines *green growth* und *degrowth* durch eine *just transition* sozial abgefedert werden. Dass Wirtschaftsbranchen sich neu aufstellen oder verschwinden, ist per se nichts Neues. Branchen schrumpfen durch technologischen Fortschritt (z. B. der Einzug des PCs) oder auch durch neue politische

22. Eine gute Einführung zu diesem Thema findet sich unter <http://storyofstuff.org> mit einem unterhaltsamen Einführungsvideo unter <http://storyofstuff.org/movies/story-of-stuff/> (aufgerufen am 29.6.2017).

Rahmensetzungen (z. B. gegen das Rauchen). Da das Schrumpfen bzw. der Umbau ganzer Branchen durch *green growth* und *degrowth* politisch geplant werden kann und sollte, besteht jedoch von vornherein die Möglichkeit, diesen Prozess sozialverträglich zu gestalten.

Die Sozialverträglichkeit solcher Transformationsprozesse wird international unter dem Schlagwort *just transition* zusammengefasst.²³ Hierbei muss nicht nur auf die Wünsche und Kapazitäten direkt betroffener Beschäftigter eingegangen werden, sondern auch auf die sozioökonomische Stabilität ganzer Kommunen, die von einem Werk oder einer Branche abhängig sind, sowie auf die Betroffenheit weiterer Teile der Lieferkette. Unabdingbar ist hier eine enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, die oft eine sehr differenzierte Meinung und fachliche Expertise mitbringen.²⁴

Selbstverständlich bestehen im Hinblick auf die Ausgestaltung einer *just transition* große Unterschiede zwischen Industrie- und Schwellenländern: Industrieländer können es sich finanziell eher erlauben, z. B. alle Kohlekumpel umzuschulen (zumal dort von vornherein ein höheres Bildungsniveau gegeben ist) oder diese in Frührente gehen zu lassen (aufgrund des höheren Durchschnittsalters und besserer sozialer Sicherungssysteme).²⁵ In Schwellenländern mit niedrigerem Altersdurchschnitt, geringerer Qualifikation und weniger solidem Staatshaushalt ist dies schwieriger. Deshalb darf es nicht verwundern, dass *best practice*-Beispiele für eine *just transition* bisher fast ausschließlich im Globalen Norden realisiert worden sind.

Die Ausweitung solcher Beispiele auf den Globalen Süden ist jedoch umso dringender angezeigt, wenn Branchen

aufgrund von *divestment* oder der Veränderung von Konsummustern zusammenbrechen. Hilfreich wären hier beispielsweise Projekte, in denen für Arbeiter_innen, aber auch für Kommunen, der Umstieg von Kohlekraft auf erneuerbare Energien – samt Finanzierungsmöglichkeiten – realisiert würde. Denn zunächst ressourcenintensive Industrien zugunsten der eigenen Klima- und Jahresbilanz in den Globalen Süden outzusourcen und dann darauf zu verweisen, dass ein Kollaps dieser Industrien den vom Klimawandel stark betroffenen Ländern am meisten nütze, auch wenn dort ein Heer von Arbeitslosen entstehen würde, wäre sicher kein Handeln im Sinne internationaler Klimagerechtigkeit.

Das Schlagwort »Klimagerechtigkeit« wird oft mit der historischen Verantwortung des Globalen Nordens gleichgesetzt. Dies greift jedoch zu kurz, da hierunter auch die Gerechtigkeit der Teilhabe an globalen Chancen sowie nationale Klimagerechtigkeiten zu fassen sind. Die historische Verantwortung des Globalen Nordens darf dennoch nicht kleingeredet werden, denn: a) haben diese Länder bisher weit mehr Treibhausgase emittiert und auch zum Erreichen anderer planetarischer Grenzen überdurchschnittlich viel beigetragen; b) sind sie resilienter, d. h. sie können sich durch ihre Finanzen und Technologien eher an den Klimawandel anpassen; und c) sind sie im Schnitt deutlich weniger von den Folgen des Klimawandels betroffen.

Problematisch ist, dass auch die Chancen, die sich zunehmend im »Umwelt-Business« ergeben, größtenteils den Globalen Norden begünstigen – von grünen Innovationen bei der Produktion bis hin zur Klimaschädenversicherung, deren Prämienzahlungen weiterhin nicht den vulnerabelsten Gruppen zugutekommen. Deshalb ist nicht nur die Forderung nach einem Technologie-Transfer berechtigt, der ein sogenanntes *leapfrogging* ermöglichen würde, sondern auch die Einforderung der Teilhabe an Chancen – etwa durch die gezielte Vergrößerung der Wertschöpfungstiefe sowohl bei der Nutzung als auch bei der Produktion sowie beim Aufbau und der Wartung von erneuerbaren Energien oder Elektro-Motoren im Globalen Süden.

Mit Blick auf die zunehmende soziale Ungleichheit ist zudem die nationale Dimension der Klimagerechtigkeit relevant: Zwar sind ärmere Gesellschaftsschichten per se weniger resilient, dennoch kommt bei ihnen nur ein

23. Die International Trade Union Confederation (ITUC) hat zu diesem Schlagwort einen übersichtlichen Flyer vorgelegt. Vgl. ITUC (2016): *Gewerkschaften & Klimawandel. Ein gerechter Übergang. Der richtige Weg zum Klimaschutz*; <https://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/01-TransitionDE.pdf> (aufgerufen am 29.6.2017). Es sei darauf hingewiesen, dass diese *just transition* sich allein auf Arbeitsplätze beziehen würde, die durch ein ökologisches Umsteuern wegfielen, nicht jedoch auf Jobs, die der digitalen Automatisierung zum Opfer fallen werden.

24. So weist ein Teil der deutschen Gewerkschaftslandschaft zu Recht darauf hin, dass es nicht sinnvoll wäre, sofort alle deutschen Mienen stillzulegen, wenn stattdessen »Blutkohle« aus Ländern mit niedrigeren Arbeitsstandards importiert würde, oder dass Arbeitnehmer_innen bei Firmen für erneuerbare Energien in der Regel gewerkschaftlich weit weniger gut vertreten sind als Kohle-Kumpel, die für ihre Rechte jahrhundertlang gekämpft haben.

25. Vgl. ver.di (2016): *Gutachten. Sozialverträgliche Ausgestaltung eines Kohlekonsenses*; <https://ver-und-entsorgung.verdi.de/themen/energiewende/++co++98e6b066-7b06-11e6-918f-525400a933ef> (aufgerufen am 29.6.2017).

Bruchteil international zugesagter Klimagelder an.²⁶ Hier müsste viel deutlicher die Forderung erhoben werden, Klimagelder »on the ground« einzusetzen, statt sie hauptsächlich an nationale Umweltministerien fließen zu lassen, den Kommunen und NGOs die Einwerbung von Geldern internationaler Klimafonds zu ermöglichen oder die Korruptionskontrolle in diesem Bereich stark auszuweiten.²⁷

In all diesen Basiskonzepten spiegelt sich das Zusammenwirken sozialer und ökologischer Faktoren; bei der Entscheidung für bewussten Konsum oder Konsumverzicht spielen soziale und ökologische Faktoren gleichermaßen eine Rolle. Auch die Gewerkschaften weltweit haben erkannt, »there are no jobs on a dead planet«,²⁸ und fordern mittlerweile nicht nur offensiv eine »just«, sondern eben auch eine »transition«.

Auch im Sinne der Klimagerechtigkeit spielt das Schicksal von Millionen von Menschen, deren Wohlergehen durch den Klimawandel und andere Umweltkatastrophen akut gefährdet ist, eine übergeordnete Rolle. Dies ist insbesondere mit Blick auf Asien der Fall.

Warum ist das Konzept einer sozial-ökologischen Transformation auch für Asien relevant?

In Asien zeigt sich die soziale und ökologische Krise wie unter einem Brennglas – insbesondere das Nicht-Erreichen planetarischer Grenzen ist ohne ein Umsteuern Asiens nicht machbar: Zusammengekommen emittieren die asiatischen Länder gegenwärtig

26. So ist es auch nicht im Sinne der Klimagerechtigkeit, wenn die Entscheidungsträgerin einer Umweltbehörde des Globalen Südens sich ein Häuschen an einem nicht-erosionsgefährdeten Strand des »Globalen Nordens« leisten kann, bezahlt z. B. durch Korruptionsgelder aus Beton-Dammauprojekten in ihrem Heimatland, während die Fischer_innen, bei denen die Klimagelder eigentlich hätten ankommen sollen, durch den vor sich hin rottenden Betondamm ihre Fischgründe verlieren.

27. Gerade im Bereich Klimawandelanpassung und *disaster risk response* ergibt sich hier oft ein Teufelskreis, da Aufträge in Notsituationen nach Umweltkatastrophen schneller, d. h. noch weniger transparent, vergeben werden und die korrupten Auftragnehmer_innen dann häufig die Möglichkeit nutzen, zu »pfuschen«, da die Einhaltung von Bauvorschriften im allgemeinen Chaos etc. noch weniger kontrolliert wird und sich die nächste Umweltkatastrophe entsprechend umso verhängnisvoller auswirkt – bis der Teufelskreis von Neuem beginnt.

28. Diesen Slogan prägte zuerst Sharon Burrow, Generalsekretärin der ITUC.

49 Prozent aller Treibhausgase.²⁹ Zwar haben sich alle asiatischen Länder zu Treibhausgas-Reduktionen in Nationally Determined Contributions (NDCs) verpflichtet, doch wird von Expert_innen vielfach deren niedriges Ambitionsniveau kritisiert.³⁰ Zudem mangelt es an Politikohärenz, vor allem hinsichtlich des Energiesektors, in dem – im Gegensatz zu den NDCs und anderen *green growth*- oder *low carbon development*-Strategien – ein massiver Ausbau der Kohlekraft vorgesehen ist^{31,32} schon heute fallen knapp 40 Prozent aller Emissionen in Asien im Energiesektor an.³³ Dabei müsste Asien eigentlich ein starkes Interesse an einem Umsteuern haben, da sich allein sechs der zehn am stärksten vom Klimawandel betroffenen Länder in Asien befinden.³⁴ Der in den vergangenen Jahrzehnten erreichte soziale Fortschritt ist somit in Gefahr. Allein die Folgen des prognostizierten Absinkens von Millionenmetropolen wie Shanghai, Jakarta oder Saigon wären unabsehbar.³⁵

Im Hinblick auf weitere planetarische Grenzen verläuft die Entwicklung in Asien ebenso dramatisch – von der Übernutzung von Düngemitteln in der Landwirtschaft über die Verknappung von Trinkwasserreserven bis hin

29. CAIT Climate Data Explorer (2012): Emission projections; <http://cait.wri.org/projections/#/?collection=projections%20ghg%20emissions%20data&maxYear=undefined&minYear=undefined> (aufgerufen am 29.6.2017).

30. Dies ist jedoch nicht nur ein asiatisches Problem: Selbst wenn alle vorgeschlagenen Reduktionen unter den NDCs (konditionelle und nicht-konditionelle) vollständig implementiert würden, läge der weltweite Temperaturanstieg bei ca. +3 °C.

31. Vgl. *disaster planet*; <https://www.theguardian.com/environment/2016/may/05/climate-change-coal-power-asia-world-bank-disaster>

32. So betonte der Weltbank-Chef: »Plans to build more coal-fired power plants in Asia would be a <disaster for the planet> < and overwhelm the deal forged at Paris to fight climate change..«, s/Vgl. Goldenberg, Suzanne (2016): Plans for coal-fired power in Asia are 'disaster' 'disaster for planet' planet warns World Bank. In: *The Guardian*, 5.5.2016; <https://www.theguardian.com/environment/2016/may/05/climate-change-coal-power-asia-world-bank-disasterhttps://www.theguardian.com/environment/2016/may/05/climate-change-coal-power-asia-world-bank-disaster> (aufgerufen am 29.06.2017).

33. CAIT Climate Data Explorer (2012): Emission projections; <http://cait.wri.org/projections/#/?collection=projections%20ghg%20emissions%20data&maxYear=undefined&minYear=undefined> (aufgerufen am 29.6.2017).

34. Myanmar, die Philippinen, Bangladesch, Pakistan, Vietnam und Thailand. Vgl. Keft / Eckstein / Melchior (2017): *Global Climate Risk Index 2017. Who Suffers Most From Extreme Weather Events?*; <https://germanwatch.org/de/download/16411.pdf> (aufgerufen am 29.6.2017).

35. In einem Ranking der Christian Aid Foundation, welches Städte nach der Anzahl ihrer überflutungsgefährdeten Einwohner_innen listet, befinden sich 15 asiatische Städte in den Top 20: Kolkata, Mumbai, Dhaka, Guangzhou, Saigon, Shanghai, Bangkok, Yangon, Haiphong, Tianjin, Khulna, Ningbo, Chittagong, Tokio und Jakarta. Vgl. Doig / Ware (2016): *Act Now or Pay Later: Protecting a billion people in climate-threatened coastal cities*. Christian Aid.

zum (auch aufgrund des raschen Bevölkerungswachstums) schnell voranschreitenden *land use change*, bei dem Tropenwälder durch Monokulturen und Felder durch Industriezonen verdrängt werden, was zu einem drastischen Verlust an Biodiversität geführt hat.³⁶

Angesichts dieser massiven Umweltprobleme geraten viele asiatische Länder nicht nur seitens der internationalen Gemeinschaft, sondern auch durch den Unmut der eigenen Bevölkerung unter Druck: Die sich rapide verschlechternde Umweltqualität – durch unzureichende Müll- und Abwasserentsorgung der wachsenden Industrie und Bevölkerung, verseuchte Böden und Gewässer, Luftverschmutzung aufgrund der Verbrennung fossiler Rohstoffe sowie wachsender Verkehr – löst selbst in autoritären Regimen wie China und Vietnam mittlerweile Proteste aus.

Die rasche Industrialisierung vieler asiatischer Länder war (bewusst) ohne flankierende Standards vorangetrieben worden, sodass sich heute nicht nur ökologische, sondern auch große soziale Herausforderungen stellen. Da es gerade in Asien gelungen ist, Millionen von Menschen durch wirtschaftlichen Aufschwung aus der Armut zu befreien, und in einigen Ländern noch (post-)sozialistische Werte greifen, ist die soziale Ungleichheit dort häufig weniger stark ausgeprägt als auf anderen Kontinenten.³⁷ Dennoch gibt es auch in Asien massive soziale Probleme, wie beispielsweise die oft menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen in den rasch wachsenden Industriezonen, die mangelnden Rechte von Wanderarbeiter_innen und Hausangestellten sowie die im Zuge der Urbanisierung zunehmende »Verslumung« von Megastädten. Die

Schere zwischen der rasch aufsteigenden Mittel- und Oberschicht, deren Lebensstandard innerhalb weniger Jahrzehnte den westlicher Mittelschichten erreicht hat, und dem Heer prekär und informell Beschäftigter auf dem Land sowie in den Fabriken wächst aufgrund dysfunktionaler Umverteilungsmechanismen wie Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen zusehends, wobei sich das Gefühl des »Abgehängtseins« in politischem Unmut und Streiks entlädt.

Vor diesem Hintergrund muss eine sozial-ökologische Transformation auch in Asien als Chance auf eine grundsätzliche Umorientierung begriffen werden.

Analyse: Warum in Asien kaum ein Diskurs über eine sozial-ökologische Transformation geführt wird

Erstaunlicherweise findet in Asien weder über das Konzept einer sozial-ökologischen Transformation noch über verwandte Konzepte eine nennenswerte Diskussion statt – obwohl sich in anderen von Entwicklungs- und Schwellenländern geprägten Kontinenten, vor allem Lateinamerika, eine rege Debatte entwickelt hat, die »westliche Länder« teilweise an Progressivität übertrifft. Dass kaum Anknüpfungspunkte für einen solchen Diskurs in Asien bestehen, wird von Vertreter_innen progressiver Ansätze oft resigniert festgestellt. Dabei wäre eine diskursive Öffnung, nach der das Vertreten solcher Ansätze zumindest nicht von vornherein als irrational angesehen und verlacht würde, ein grundlegender, wenn auch kein hinreichender Schritt zu einer Änderung der gesellschaftspolitischen Verhältnisse. Denn dass Sprache unsere Wahrnehmung von »Wirklichkeit« verändert oder reproduziert und »Sprechhandeln« somit eine wichtige Stufe von gesellschaftlichen Veränderungsprozessen darstellt, ist mittlerweile weitgehend anerkannt.³⁸

Warum diese Diskurse in Asien so gut wie keine Chance haben, ist bisher jedoch noch nicht analysiert worden.

36. Konservativen Schätzungen zufolge hat Südostasien in den letzten 15 Jahren ungefähr 14,5 Prozent seiner Wälder verloren. In den Philippinen sind bis dato 93 Prozent der ursprünglichen Waldfläche abgeholzt worden, während Indonesien bis 2022 sogar 98 Prozent seiner ursprünglichen Bewaldung verloren haben wird. Mitverantwortlich für den Schwund sind der Palmöl- und Kautschuk-Anbau. Vgl. Hughes (2017): Understanding the Drivers of Southeast Asian Biodiversity Loss. In: *Ecosphere* 8(1). Die Entwicklung in Süd(-ost) Asien stellt zudem eine große Bedrohung für die Diversität von Säugetieren dar. So sind 79 Prozent der Primaten in der Region vom Aussterben bedroht. Vgl. Schipper (2008): The Status of the World's Land and Marine Mammals: Diversity, Threat, and Knowledge. In: *Science* 322, Nr. 5899.

37. Bei der Weltrangliste des Gini-Koeffizienten findet sich Malaysia als erstes asiatisches Land auf Platz 30, gefolgt von Papua-Neuguinea auf Platz 41 und den Philippinen auf Platz 46. China (Platz 60) und Indien (Platz 104) schneiden verhältnismäßig gut ab, während die obersten Plätze fast durchweg von afrikanischen Staaten eingenommen werden, gefolgt von einigen lateinamerikanischen Nationen. Vgl. die Webseite von Index Mundi; <http://www.indexmundi.com/facts/indicators/SI.POV.GINI/rankings> (aufgerufen am 29.6.2017).

38. Eine gelungene politikwissenschaftliche Übersicht über verschiedene Ansätze zum Verhältnis von »Sprache« und »Realität« von Austin über Foucault bis zu Derrida bietet Diez (1999): Speaking »Europe«. The Politics of Integration Discourse. In: *Journal of European Public Policy* 6(4), S. 598–613. Eine ebenso systematische wie praxisorientierte Beschreibung dessen, wie man von einer diskursiven Verschiebung über die Bildung von Akteursallianzen zu politischen Veränderungen gelangen kann bietet Saxer (2017): *Practical Guide to Transformative Change Making*; <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/indien/13269.pdf> (aufgerufen am 29.6.2017).

Das folgende Kapitel unterbreitet hierzu einige Thesen, wobei die deutlich bessere Ausgangslage in Lateinamerika als »Schablone« herangezogen wird, um bestimmte Faktoren im Vergleich deutlicher herauszustellen.³⁹ Dort überschneiden sich die Diskurse zu einer *Transformación Social-Ecológica*⁴⁰ mit denen einer *Economía Social y Solidaria*, zum Post-Extraktivismus⁴¹ und zu *Buen Vivir / Sumak Kawsasy*.⁴² All diese Konzepte verbindet die Suche nach alternativen, sozialen und ökologisch nachhaltigen Entwicklungspfaden mit Elementen verstärkter politischer Partizipation und intakten Kommunen, einer ethisch-spirituellen Rückbesinnung auf ein Leben im Einklang mit *mother earth* sowie Elementen der *degrowth*-Bewegung.

Die Nicht-Existenz solcher Diskurse in Asien wird im Folgenden mit Blick auf geografische, ökologische und historische Faktoren (3.1), ökonomische und soziale Faktoren (3.2) sowie politische Faktoren, Akteurs- und Diskurskonstellationen (3.3) zu erklären versucht. Da die Argumente sich auf zwei – in sich jeweils sehr heterogene – Kontinente beziehen, treffen sie selbstverständlich nicht alle gleichermaßen auf alle Staaten zu, sondern können lediglich Gesamttendenzen wiedergeben. Das damit einhergehende Risiko, teilweise »unterkomplex« zu argumentieren, ist der Autorin bewusst, jedoch ein notwendiger Kompromiss im Sinne der Lesbarkeit des Papiers. Zuletzt sei darauf hingewiesen, dass es nicht nur in Lateinamerika, sondern auch in Europa und (Subsahara-)Afrika hochinteressante Diskurse zu alternativen Entwicklungspfaden gibt.⁴³

Da hierzu jedoch bereits gute vergleichende Studien vorliegen, wird auf eine Berücksichtigung dieser Diskurse verzichtet.⁴⁴

Geografische, ökologische und historische Faktoren

Mit Blick auf geografische und ökologische Faktoren Asiens und Lateinamerikas überwiegen zunächst die Gemeinsamkeiten: Eine Vielzahl von Wäldern – von Bergwäldern bis hin zu Sümpfen und steppenartigen Landschaften im Flachland – sowie marinen Ökosystemen an langen Küsten und zahllosen Inseln beherbergt(e) einen großen Reichtum an Biodiversität.⁴⁵ Diese Ökosysteme sind jedoch durchweg bedroht, größtenteils durch die Übernutzung natürlicher Ressourcen (Holzeinschlag, Um- und Übernutzung von Böden, Abbau von Rohstoffen selbst in Biodiversitäts-Hotspots, kollabierende Fischbestände durch Überfischung etc.), aber auch bereits durch den Klimawandel, der sowohl Küstenregionen betrifft als auch Dürren und Extremwetterereignisse verstärkt.⁴⁶ Noch verbliebene Strände, Riffe und Nationalparks bilden Touristenmagneten, was einerseits den Wert dieser Regionen erhöht, andererseits aber auch zu deren Zerstörung beiträgt.

Ein großer Unterschied im Vergleich zu Asien ist jedoch die isolierte Lage Lateinamerikas, was Auswirkungen auf die Entwicklung während der präkolonialen Epochen hatte. Während Lateinamerika nur durch einen Korridor mit Nordamerika verbunden und sonst von allen anderen größeren Landmassen getrennt ist, besteht in Asien nicht nur eine Landverbindung zu Europa, sondern auch Afrika war per Schiff leicht über den Nahen Osten erreichbar. Diese geografischen Unterschiede wirkten sich auch auf die Entwicklung von

39. Bei der kritischen Prüfung und Ergänzung der zu Lateinamerika gemachten Aussagen sei noch einmal ganz herzlich Herrn Dr. Alvaro Calix gedankt, der diese Thesen gemeinsam mit der Autorin und ihren Kolleginnen, Frau Manuela Mattheß und Frau Nguyen Ngoc Dung, im Rahmen des »Klimacamps im Rheinland« 2016 vorgestellt hat. Siehe online unter: <https://programm2016.klimacamp-im-rheinland.de/klimacamp2016/public/events/21> (aufgerufen am 29.6.2017).

40. Siehe z. B. online unter: <http://www.fes-transformacion.org/> (aufgerufen am 29.06.2017).

41. Siehe z. B. online unter: <http://www.yestolifenotomining.org/collected-readings-on-post-extractivism/> (aufgerufen am 29.6.2017).

42. Siehe z. B. online unter: https://www.boell.de/sites/default/files/Buen_Vivir_engl.pdf (aufgerufen am 29.6.2017).

43. Vgl. z. B. Matthews (2004): Post-Development Theory and the Question of Alternatives. A View from Africa. In: *Third World Quarterly* 25(2), S. 373–384; die Literatur zum hier dominierenden »Ubuntu«-Konzept zur Debatte in Afrika; oder die Materialsammlung unter <https://www.degrowth.de/de/mediathek/> (aufgerufen am 29.6.2017) zur Debatte in Europa (und darüber hinaus).

44. Vgl. z. B. Brand (2016): »Transformation« as a New Critical Orthodoxy. The Strategic Use of the Term »Transformation« Does Not Prevent Multiple Crises. In: *GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society*, 25(1), S. 23–27; sowie D’Alisa / Demaria / Kallis (Hrsg.) (2015): *Degrowth: A Vocabulary for a New Era*, Routledge.

45. Eine Liste der Länder mit der höchsten Artenvielfalt findet sich unter http://rainforests.mongabay.com/03highest_biodiversity.htm (aufgerufen am 29.6.2017).

46. Die NASA hat bereits vor einigen Jahren festgestellt, dass mit dem Amazonasbecken der größte Regelwald der Welt, der ca. dreimal so viel Treibhausgase speichert, wie wir jährlich emittieren, auszutrocknen beginnt. Vgl. Zerkel (2014): *NASA Says The Amazon is Drying Up, and That’s Terrible News for Our Climate*; <https://weather.com/science/environment/news/amazon-nasa-climate-change> (aufgerufen am 29.6.2017).

Hochkulturen aus: Während die lateinamerikanischen Hochkulturen sich größtenteils voneinander unabhängig entwickelten und nur ein geringer Austausch über die Grenzen des Kontinents hinaus stattfand, standen die asiatischen Hochkulturen vielfach in Kontakt miteinander. Ein Austausch zwischen Europa, dem Nahen Osten und Asien ist zudem seit der Bronzezeit belegt; über die Seidenstraße kam es über Jahrhunderte zum Austausch von Wissen, Kulturen und Waren. Durch den regen Handel entwickelten sich Hochkulturen, die den vorkapitalistischen Gesellschaften Europas ähnlich bzw. ihnen bis zu den Anfängen der industriellen Revolution bzgl. wissenschaftlicher Innovationen überlegen waren. Neben urbanen Zentren gab es sowohl in Lateinamerika als auch in Asien lange Zeit eher abgeschottet lebende indigene Gruppen, deren Überleben vom Erhalt sie umgebender Ökosysteme abhing, weshalb sie ihre soziokulturellen und ökonomischen Praktiken auf einen weitgehenden Erhalt der Natur ausrichteten.

Der Kolonialismus des Westens erschütterte die Gesellschaften Lateinamerikas wie Asiens – jedoch in unterschiedlicher Weise. Auf beiden Kontinenten kam es zu massivem Raubbau an Naturschätzen und zur Ausbeutung der Bevölkerung. Während die lateinamerikanischen Hochkulturen jedoch fast komplett zerstört wurden, sodass Mitglieder isolierter indigener Gruppen heute quasi die einzigen »Repräsentant_innen« vorkolonialer soziokultureller Bräuche sind, wurden die asiatischen Gesellschaften zwar ebenfalls tiefgreifend transformiert, dennoch konnten Teile der früheren Gesellschaftssysteme im Schatten der zumindest formell amtierenden Herrschaftseliten überdauern, die an den Glaubenssystemen und kulturellen Praktiken festhielten.

Die Handelsbeziehungen wurden nun von den Kolonialmächten dominiert, die vielfach auch die Produktion umwandelten, zum Beispiel durch massenhafte Vertreibungen von Kleinbauer und -bäuerinnen zugunsten von Plantagen. Während die Etablierung überregionaler Handelszentren, über welche die Kolonialmächte die natürlichen Ressourcen des Kontinents »ausbluten« ließen, in Lateinamerika größtenteils neu war, eigneten sich westliche Kolonialmächte in Asien bereits existierende Handelshäfen und -routen an und intensivierten damit neben dem Abbau von Rohstoffen auch den Handel mit Konsumgütern (Stoffen, Porzellan etc.).

Entsprechend unterschiedlich verlief die politische und ökonomische Entwicklung nach dem Ende der Kolonialzeit: Während Kämpfe für die Einführung demokratischer Regierungen, wie sie in einigen asiatischen Ländern stattfanden, zunächst nur in Indien von langfristigem Erfolg gekrönt waren, etablierte sich auf dem Kontinent eine Reihe kommunistischer Regime – auch weil sich die Kommunistische Internationale oft als einziger Verbündeter antikolonialer Bestrebungen anbot. Diese Regime brachten einen extremen Bruch mit den sozioökonomischen Praktiken mit sich, die den Kolonialismus überdauert hatten (Herrschaftsstrukturen, Riten, Enteignung und damit Entwurzelung noch größerer Teile der Landbevölkerung) bzw. vom Kolonialismus noch vertieft worden waren (wie Handelsbeziehungen).

Bekanntermaßen scheiterten all diese Regime an ihrer Radikalität. Die Wiedereinführung handelsbasierter Marktwirtschaften wurde in diesen asiatischen Gesellschaften somit als »Rückkehr zur Normalität« erlebt. Nach einer Phase des Protektionismus öffneten sich immer mehr asiatische Staaten freiwillig dem zunehmenden Welthandel – stolz darauf, als nunmehr unabhängige Nationen ihre Produkte international vermarkten und Wohlstand anhäufen zu können. In postkommunistischen Regimen wurde diese Hinwendung zum Kapitalismus als Befreiung gesehen – inklusive der Freiheit, Privatbesitz zu erlangen, Geschäfte zu eröffnen und Ausbildung und Beruf frei wählen zu können.

In Lateinamerika bildeten sich hingegen in fast allen Ländern kommunistische (Guerilla-)Gruppen, die staatlich jedoch stark verfolgt wurden, sodass nur in Kuba ein kommunistisches Regime entstand. In den meisten Ländern etablierten sich stattdessen zunächst populistische, teils diktatorische Regime, die sich ab den 1980er Jahren verstärkt zu Demokratien wandelten. Diese Regime waren zwar teilweise neoliberal geprägt (wie z. B. in Chile), der große »Bruch« mit dem vorherigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem wurde aber dennoch als **durch** den Kolonialismus verursacht gesehen – und nicht wie in Asien **nach** dem Kolonialismus verortet.

Die historischen Ausgangsbedingungen für eine sozial-ökologische Transformation stellen sich in Lateinamerika und Asien dementsprechend sehr unterschiedlich dar: Es muss nicht verwundern, dass Konzepten wie eine sozial-ökologische Transformation, Post-Extraktivismus oder *degrowth* in Asien mit

erheblicher Skepsis begegnet wird, da der Handel mit technisch innovativen Produkten und Konsumgütern eine lange Tradition hat. Teilweise werden sie als neoimperialistisch wahrgenommen, d. h. nachdem der Westen auf Kosten der asiatischen Staaten uneingeschränkt wachsen konnte, stünde dies jenen nun eben auch zu – inklusive der vollständigen Ausbeutung natürlicher Ressourcen. Zudem sind Konzepte, die an sozialistische Ideen erinnern, aufgrund der schlechten Erfahrungen nicht mehr anschlussfähig.

Eine fast umgekehrte Situation bietet sich dagegen in Lateinamerika: Aufgrund der geringeren »historischen Belastung« ist sozialistisches Gedankengut teilweise bis heute attraktiv.⁴⁷ Dagegen wurde die Einführung des Kapitalismus als im Zuge des Kolonialismus von außen oktroyiert erlebt – eine wirtschaftliche Öffnung wird daher auch weiterhin als eher »erzwungen« statt »gewollt« angesehen. Ein »Zurück zur Normalität« kann es aufgrund der weitgehenden Zerstörung früherer Kulturen kaum geben – lediglich auf das Wissen der oben erwähnten Vertreter_innen indigener Völker, die ihre Praktiken bewahren konnten, kann noch zurückgegriffen werden. Diese treten vielfach dafür ein, nun diejenigen Natur-schätze zu schützen, die während des Kolonialismus und der folgenden extraktivistischen Handelspolitik nicht ausgebeutet wurden.

Ökonomische und soziale Faktoren

Die Entwicklungen der jüngsten Geschichte verstärkten die unterschiedliche Wahrnehmung der (Wieder-)Einführung des Kapitalismus in Asien und Lateinamerika und führten dazu, dass in Asien bis heute eine positive Grundstimmung vorherrscht. Auf die Tatsache, dass die Einführung bzw. Vertiefung der Marktwirtschaft in den allermeisten Ländern Asiens dazu beigetragen hat, das Leben von Millionen von Menschen zu verbessern, ist bereits hingewiesen worden. Mit einem geschickten Mix von anfänglichen protektionistischen Maßnahmen und einer anschließend immer stärkeren – meist staatlich gesteuerten, bewussten und freiwilligen – Einbindung in den Welthandel, der für die hauptsächlich auf den Export von Konsumgütern setzenden Staaten sinnvoll erscheint, konnte eine

47. Auch wenn es in einigen Ländern, in denen aufgrund fallender Rohstoffpreise staatliche Unterstützungsprogramme wieder gekürzt werden mussten, an Attraktivität verliert.

»Industrialisierung im Schnelldurchlauf« erreicht werden: Die Entwicklung in einigen »Tigerstaaten« durchlief in nur zwei bis drei Jahrzehnten einen ähnlichen Prozess wie der Westen vom frühen 19. Jahrhundert bis in die 1970er/1980er Jahre.⁴⁸ Dabei gelang es zumindest einigen Ländern, die Wertschöpfungstiefe zunehmend zu steigern sowie unter Einbindung der Nachbarländer zu organisieren: Ein in Deutschland gekauftes Smartphone wurde vielleicht in Korea entwickelt, in Japan designt, mit thailändischen High-Tech-Komponenten versehen und in Vietnam zusammengebaut und verpackt. Dabei waren in den frühen und »nachholenden« Tigerstaaten enorme (BIP-)Wachstumsraten tatsächlich mit einer zunehmenden Wohlstandsentwicklung für breite Teile der Bevölkerung verknüpft.⁴⁹

In vielen Ländern geht der Wohlstandszuwachs mittlerweile über die Möglichkeit der Befriedigung von Grundbedürfnissen deutlich hinaus – in asiatischen Schwellenländern finden sich die am schnellsten wachsenden Mittelschichten der Welt.⁵⁰ Erst seit wenigen Jahren wird dieser rasche Prozess teilweise infrage gestellt. Dies liegt vor allem an der auch in Asien zutage tretenden, immer stärkeren Ungleichverteilung des Wohlstands,

48. Viele Länder wandelten sich innerhalb weniger Jahrzehnte von agrarisch (teilweise subsistenzwirtschaftlich) geprägten Gesellschaften zu Industrienationen, wobei in den »aus dem Boden schießenden« Fabriken immer komplexere Produkte hergestellt wurden. Entsprechend nahm der Trend zur Lohnarbeit und zur Verstärkung zu. Die Mittel- und Oberschicht in vielen asiatischen Ländern lebt heute nicht anders, oder sogar »moderner«, als im Globalen Norden.

49. Das beeindruckendste Beispiel ist hier sicherlich China: Als das Land 1978 seine marktwirtschaftlichen Reformen initiierte, war sein GDP pro Kopf vergleichbar mit dem Sambias – d. h. um die Hälfte niedriger als der damalige asiatische Durchschnitt und somit auch niedriger als zwei Drittel des afrikanischen Durchschnitts. Bis 2014 erlebte China dann ein rasantes GDP-Wachstum von durchschnittlich zehn Prozent pro Jahr und erhöhte sein GDP um das 49-fache. Dies bedeutete umgerechnet einen Zuwachs von 155 US-Dollar (1978) pro Kopf auf 7.590 US-Dollar (2014) pro Kopf und half 800 Millionen Menschen aus der Armut. Global gesehen war China zwischen 1990 und 2005 für mehr als 75 Prozent der Armutsminderung verantwortlich. Vgl. Eckart (2016): *8 things you need to know about China's economy*; <https://www.weforum.org/agenda/2016/06/8-facts-about-chinas-economy/> (aufgerufen am 29.6.2017).

50. Um beim Beispiel China zu bleiben: Im Jahr 2000 gehörten lediglich zwei Prozent der urbanen chinesischen Bevölkerung der Mittelschicht an (wobei ein Einkommen von 9.000 bis 34.000 US-Dollar pro Jahr als Kriterium gesetzt wird). Bis 2022 werden laut Prognosen 76 Prozent der Chines_innen diesen Status erreichen. Vgl. Iskryan (2016): *China's middle class is exploding*. In: *Business Insider*, 28.8.2016; <http://www.businessinsider.com/chinas-middle-class-is-exploding-2016-8> (aufgerufen am 29.6.2017). Die am schnellsten wachsende *middle and affluent class* findet sich jedoch in Vietnam: Das Marktforschungsunternehmen Nielsen schätzt, dass die vietnamesische Mittelschicht sich von 44 Millionen in 2020 auf 95 Millionen in 2030 mehr als verdoppeln wird. Vgl. VN Express (2016): *Vietnam's middle class projected to double by 2020*; <http://e.vnexpress.net/news/business/vietnam-s-middle-class-projected-to-double-by-2020-3489724.html> (aufgerufen am 29.6.2017).

wobei Unmut auch aufgrund der teils unzumutbaren Arbeitsbedingungen in den Fabriken geschürt wird. Zudem werden die ökologischen Folgen des ungebremsten Wachstums immer deutlicher und verschlechtern die Lebensqualität. Nicht zuletzt verliert das Wirtschaftswachstum langfristig an Fahrt und wurde im letzten Jahrzehnt durch einige schwere Krisen erschüttert. Eine noch stärkere Einbindung in den Welthandel, sei es durch Freihandelsabkommen oder beispielsweise den WTO-Beitritt des noch stark kommunistisch geprägten Laos, wird jedoch so gut wie nicht hinterfragt.

Im Gegensatz hierzu verstärkte sich die von vornherein negativ geprägte Wahrnehmung des Kapitalismus in Lateinamerika vor allem durch zwei grundlegende Faktoren: Erstens etablierte sich – anschließend an die »kolonialistische Vorprägung« – in vielen lateinamerikanischen Ländern ein extraktivistisches Wirtschaftsmodell, wie es nur in vergleichsweise wenigen asiatischen Ländern vorherrscht (z. B. Indonesien und Papua-Neuguinea). Bis heute beruht die generell geringere Einbindung in den regionalen und internationalen Handel daher insbesondere auf dem Export von Rohstoffen. Bekannte negative Begleiterscheinungen dieser Wirtschaftsweise im Vergleich zum in Asien dominierenden Modell des Exports (und zunehmend auch der Entwicklung) von Konsumgütern ist eine geringere Wertschöpfungstiefe, die mit einer weniger breiten Beschäftigungswirkung einhergeht und somit den Trend sozialer Ungleichheit vertieft: Nur eine verhältnismäßig kleine Schicht von Landbesitzer_innen und Rohstoff-Tycoons profitiert, während die Landbevölkerung häufig ihre Böden verliert und dann höchstens prekäre Jobs in Mienen oder auf Plantagen findet. Durch den Siegeszug linksgerichteter Regierungen im letzten Jahrzehnt wurde zwar vielfach versucht, diesem Trend durch soziale Umverteilungsprogramme (wie »Bolsa Familia«) entgegenzuwirken, doch werden diese Programme häufig aus Einnahmen ebenjenes extraktivistischen Modells finanziert, das diese Regierungen zu Recht kritisieren.⁵¹

Zweitens fiel das generell weniger breitenwirksame Wachstums auch weniger hoch aus und war – aufgrund der starken Volatilität spekulativer Rohstoffmärkte –

auch weniger stabil als in Asien: Bis in die 1990er/2000er Jahre war nur ein recht bescheidenes Wachstums zu verzeichnen, bis steigende Rohstoffpreise für ca. ein Jahrzehnt unter anderem die Einführung der sozialen Umverteilungsprogramme erlaubten. Die seit den 2010er Jahren wieder fallenden Rohstoffpreise haben somit nicht nur zu sinkenden Wachstumsraten geführt, sondern bringen auch die Umverteilungsprogramme unter Druck.⁵² Entsprechend dieser für weite Teile der Bevölkerung wenig vorteilhaften Entwicklung wird in Lateinamerika auch selten ein »trade off« zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung gesehen, so wie dies in Asien häufig angeführt wird. Auch eine weitere Einbindung in den Welthandel wird nicht einhellig begrüßt, sondern als von außen forciert erlebt und nicht nur in Kreisen linksgerichteter Intellektueller kritisiert.

Die unterschiedliche Wirtschaftsentwicklung in Asien und Lateinamerika verstärkte teilweise tief verwurzelte soziale Muster, denen eine wichtige Rolle bei der heutigen Wahrnehmung wirtschaftlicher Entwicklung zukommt. Mit Blick auf religiöse Überzeugungen sticht in den wirtschaftlich erfolgreichsten Ländern Asiens zunächst die Orientierung vieler mahayana-buddhistischer Strömungen auf Wohlstand und Wohlergehen hervor: Wer für sich und seine Familie materiellen und finanziellen Wohlstand anhäufen kann, hat offensichtlich im vorherigen und jetzigen Leben zur Zufriedenheit des Himmels gelebt. In einigen theravada/tibetisch-buddhistisch oder hinduistisch orientierten Gesellschaften finden sich ähnliche Zuschreibungen: Schlechte Taten, die auch gegen sozial Schwache oder die Umwelt gerichtet sein können, führen zu schlechtem Karma und damit zu einem niedrigeren gesellschaftlichen Rang, spätestens bei der nächsten Wiedergeburt.

51. Vgl. Gudynas (2011): Neo-Extraktivismus und Ausgleichsmechanismen der progressiven südamerikanischen Regierungen. In: *Kurswechsel* 3/2011, S. 69–80; <http://www.gudynas.com/publicaciones/GudynasNeoExtraktivismStateKurswechsel2011.pdf> (aufgerufen am 29.6.2017).

52. So verweist Elson auf folgende Wirtschaftsdaten für Lateinamerika und Asien im Vergleich: 3,4 Prozent vs. 4,8 Prozent (1971–1980), –0,6 Prozent vs. 6,1 Prozent (1981–1990), 1,9 Prozent vs. 6,8 Prozent (1991–2000). Vgl. Elson, Anthony (2006): The Economic Growth of East Asia and Latin America in Comparative Perspective: Lessons for Development Policy. In: *World Economics* 7(2), S. 97–114; <http://citeseerx.ist.psu.edu/viewdoc/download?doi=10.1.1.516.4315&rep=rep1&type=pdf> (aufgerufen am 29.6.2017). Zur aktuelleren Entwicklung erhob die Weltbank folgende Daten für Lateinamerika und die Region Ostasien/Pazifik: 5,8 Prozent vs. 7,3 Prozent (2010); 4,4 Prozent vs. 4,6 Prozent (2011); 2,8 Prozent vs. 4,8 Prozent (2012); 2,8 Prozent vs. 4,6 Prozent (2013); 0,74 Prozent vs. 4,0 Prozent (2014); –0,3 Prozent vs. 3,9 Prozent (2015). Vgl. The World Bank (2017): GDP growth (annual %); <http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG?locations=Z4-ZJ> (aufgerufen am 29.6.2017). Zu den Auswirkungen fallender Rohstoffpreise auf Lateinamerika vgl. z. B. Werner (2015): The Latin American Growth Slowdown. In: *Americas Quarterly*; <http://www.americasquarterly.org/content/latin-american-growth-slowdown> (aufgerufen am 29.6.2017).

Diese religiös unterfütterten Einstellungen bewirken, dass die Frage des sozialen Aufstiegs oder prekärer Lebensverhältnisse häufig dem Verhalten von Individuen und weniger den gesellschaftlichen Umständen zugeschrieben wird.⁵³ Entsprechend hoch ist die Akzeptanz sozialer Unterschiede, und entsprechend gering die Bereitschaft zur Umverteilung »nach unten«.⁵⁴

Soziale Sicherungssysteme werden deshalb, aber auch aufgrund des oft hohen Korruptionsniveaus, eher skeptisch gesehen und Einzahlungen daher so weit wie möglich vermieden. In konfuzianisch geprägten Gesellschaften wird diese Einstellung noch durch die Tatsache unterstrichen, dass sozialer Aufstieg bis hin zum Ministerrang durch Bildung zumindest theoretisch immer möglich war, während das Klassensystem in Europa solche Karrieren über Jahrhunderte hinweg von vornherein ausgeschlossen hatte. Materiellen Reichtum offen zur Schau zu stellen, ist in diesen Gesellschaften sozial akzeptiert. Sicherlich ist die Ansicht, »you are what you have«, in einigen Ländern auch durch die »Vorbild-Funktion« reicher Kolonialherren sowie durch ein »Nachholbedürfnis« nach dem Ende des Kommunismus verstärkt worden. Aber immerhin gibt es mittlerweile vereinzelte Stimmen, die offen ihr Missfallen darüber äußern, nicht an ihrer Persönlichkeit oder an ihren Taten, sondern am Wert ihrer Handtasche oder der Lage ihrer Eigentumswohnung beurteilt zu werden.

Auch in Lateinamerika ist der Materialismus in der Mittel- und Oberschicht stark verankert – und Lateinamerika ist der Kontinent mit dem weltweit höchsten Wohlstandsgefälle.⁵⁵ Diese enormen sozialen Unterschiede werden jedoch regelmäßig von sozialen Bewegungen adressiert und kritisiert.

Neben dem »sozialen« ist auch das Umweltbewusstsein in Asien und Lateinamerika unterschiedlich ausgeprägt. Die in Asien häufig vorherrschende, materialistische Grundeinstellung wird auch auf die Natur übertragen. Der Ansicht, dass »goldene Wälder« und

»silberne Meere« dazu da seien,⁵⁶ vom Menschen ausgebeutet zu werden, wird nur von wenigen ethnischen Minderheiten und hauptsächlich theravada/tibetisch-buddhistischen Gruppen eine ethisch-spirituelle Wertschätzung der Natur entgegengesetzt. In Lateinamerika haben hingegen einige indigene Gruppen, samt ihrer ethisch-spirituellen Wertschätzung der Natur, die Umbrüche des Kolonialismus überdauert, was ihren Stellwert im Diskurs erhöht. Auch wenn die christliche Mehrheitsgesellschaft Lateinamerikas einen eher geringen »Draht« zur Natur hat, ist es einigen dieser Gruppen dennoch gelungen, starke Parteien zu gründen oder zu beeinflussen, sodass ihre spirituelle Werthaltung gegenüber der Natur auch in politische Diskurse Einzug gehalten hat.

Im allgemeinen Umweltbewusstsein zeigt sich auch ein Unterschied zwischen der eher wenig bewussten Stadtbevölkerung sowie Teilen der Landbevölkerung, wobei hier nicht nur indigene Gruppen gemeint sind, sondern häufig auch Kleinbauern und -bäuerinnen, die für den Erhalt ihrer Landrechte selbst gegen multinationale Konzerne kämpfen. Auch wenn diese Bewegungen häufig »verlieren« oder Repressionen ausgesetzt sind, erlangen sie dennoch erhebliche Aufmerksamkeit im nationalen Kontext und weit darüber hinaus – auch mit dem Verweis auf die Bewahrung natürlicher Ressourcen.

In Asien finden ähnliche kleinere Initiativen dagegen kaum Widerhall und werden umso schneller mundtot gemacht. Immerhin wächst in vielen asiatischen Metropolen aufgrund der miserablen Umweltqualität das Umweltbewusstsein der Bevölkerung. Leider übersetzt sich dies jedoch größtenteils (noch) nicht in umweltfreundlicheres Handeln – vom Besuch »hipper« sozial-ökologischer Cafés und dem Anbau vermeintlich »sauberer« Nahrungsmittel auf dem eigenen Balkon einmal abgesehen.

Auch hier gilt, ähnlich wie im Hinblick auf soziale Disparitäten, eher das Motto »help yourself!« statt »change the system!«. Dies hängt auch mit einer generellen Technikgläubigkeit zusammen, die sich einerseits in der Anschaffung technischer »Schutzmaßnahmen« (Wasserfilter, Luftreiniger etc.) und andererseits im Glauben äußert, mit dem technische Fortschritt im Sinne eines *green growth* seien Umweltprobleme früher oder später

53. Dies ist jedoch natürlich nicht durchgängig der Fall: Es gibt durchaus auch in Asien Initiativen, NGOs etc., die soziale Missstände anprangern und – soweit erlaubt – das »System« dafür verantwortlich machen.

54. Es muss vor diesem Hintergrund nicht verwundern, dass Figuren, die mit Robin Hood vergleichbar wären, in Asien kaum zu finden sind.

55. Vgl. Roser / Ortiz-Ospina (2017): *Global Extreme Poverty*; <https://ourworldindata.org/extreme-poverty/> (aufgerufen am 29.6.2017).

56. Die entsprechenden vietnamesischen Begriffe lauten *rừng* (Wald), *vàng* (golden), *biển* (Meer) und *bạc* (silber).

in den Griff zu bekommen.⁵⁷ Eine vergleichbare Diskussion über *green growth* als (vermeintliches) Gegenkonzept zu *degrowth* findet in Lateinamerika nicht bzw. nur sehr begrenzt statt (bzgl. der Förderung von Biodiesel).

Als letzter sozioökonomischer Faktor, der sich auf soziale und Umweltbelange auswirkt, sei die unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung genannt.

Zwar kommt es auch in Lateinamerika zu einem Bevölkerungszuwachs und – daran anschließend – zur Frage, wie dieser »demografische Bonus« in den kommenden Jahrzehnten bestmöglich ausgenutzt werden kann; doch ist/war in Asien ein weitaus größerer Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen, sodass mittlerweile die Hälfte der Weltbevölkerung dort beheimatet ist, obwohl Asien nur ein Drittel der weltweiten Landfläche ausmacht.⁵⁸ Entsprechend hoch ist der Druck auf die noch verbliebenen Naturreservate oder die kleinbäuerliche Landwirtschaft, die als nicht ausreichend angesehen wird, um Nahrungsmittelsicherheit gewährleisten zu können. Eine Industrialisierung und Intensivierung der Landwirtschaft wird als unabdingbar angesehen, auch um den »Druck aus der Fläche« noch verbliebener natürlicher Ressourcen zu nehmen.

Durch die ökonomischen und sozialen Ausgangsbedingungen verschärfen sich die historisch bedingten Unterschiede bei der »Anschlussfähigkeit« von Diskursen über eine sozial-ökologische Transformation:

Im Gegensatz zu Lateinamerika muss für viele Länder Asiens zunächst einmal anerkannt werden, dass der eingeschlagene Wachstumspfad über Jahrzehnte hinweg breiten Schichten der Bevölkerung genützt hat. Da dies erst seit wenigen Jahren nicht mehr so deutlich der Fall ist, ist auch die Bereitschaft, dieses Wachstumsmodell zu hinterfragen oder sich ganz davon abzuwenden, verständlicherweise geringer ausgeprägt. Hinzu kommt in den Gesellschaften vieler asiatischer Länder noch ein individueller Aufstiegszweck, gepaart mit einem im Normalfall geringen Umweltbewusstsein sowie einer Akzeptanz sozialer Ungleichheit, deren Ursachen eher Individuen als dem System zugeschrieben werden. Ein ökologisches Bewusstsein, Gemeinschaftsorientierung und gesamtgesellschaftlicher Gestaltungswille sind je-

doch zentrale Voraussetzungen für eine tiefgreifende Transformation.

Politische Faktoren, Akteurs- und Diskurskonstellationen

Sehr große Unterschiede zwischen Asien und Lateinamerika zeigen sich auch bezüglich der politischen Rahmenbedingungen und der Akteure, die Diskurse im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation befördern – oder eben nicht.

Im Hinblick auf die politischen Rahmenbedingungen sticht die Dominanz autoritärer Regime in Asien gegenüber (formalen) Demokratien in Lateinamerika ins Auge.

Nach dem Sturz der meisten Diktaturen in den 1970er/1980er Jahren haben sich in Lateinamerika demokratische Regierungsmodelle durchgesetzt, sodass ein friedlicher Machtwechsel durch Wahlen zur Regel geworden ist. Allerdings gibt es nicht überall »lupenreine Demokratien«, da in einigen Ländern politische Freiheiten mehr oder weniger offen eingeschränkt werden und dem Militär in anderen Ländern eine erschreckend starke Rolle zukommt.⁵⁹

Im Vergleich zur Situation in Asien sind dies dennoch weit bessere Ausgangsbedingungen, da dort in den meisten Ländern noch nicht einmal formale Demokratien existieren, die freie Wahlen und ein Mindestmaß politischer Freiheiten garantieren würden.⁶⁰ Da diese

57. Vgl. zur Kritik an diesem Ansatz prominent Welzer (2013): *Selbst Denken. Eine Anleitung zum Widerstand*, S. Fischer.

58. Mittlerweile haben allerdings einige asiatische Länder, nicht nur Japan und China, sondern zum Beispiel auch Thailand, ein Problem mit der »Überalterung« ihrer Gesellschaft.

59. Die NGO Freedom House benutzt eine Skalierung von 0 bis 100 für ihre Einstufung in »freie«, »teilweise freie« und »unfreie« Demokratien. In 2016 wurden zehn lateinamerikanische Länder als teilweise frei eingestuft, d. h. sie wiesen Mängel in der Garantie bürgerlicher und/oder politischer Rechte auf: Paraguay (64), Bolivien (68), Kolumbien (64), Ecuador (57), Nicaragua (47), Honduras (46), Guatemala (54), Mexiko (65), Dominikanische Republik (68) und Haiti (39). Venezuela wurde als einziges Land als unfrei eingestuft. Insgesamt sind somit 34 Prozent der lateinamerikanischen Länder nicht frei oder nur teilweise frei. Vgl. Freedom House (2017): *Freedom in the World 2017*; <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2017> (aufgerufen am 29.6.2017).

60. Laut dem *Democracy Index 2016* der Economist Intelligence Unit belegt die Region Lateinamerika und Karibik nach Westeuropa und Nordamerika den dritten Platz, dicht gefolgt von Asien und Pazifik. Das relativ gute Abschneiden der Region Asien und Pazifik liegt jedoch vornehmlich an den guten Platzierungen von Neuseeland und Australien, die als volle Demokratien gelten. Im Gegensatz dazu werden fünf Länder in Asien als autoritär klassifiziert, d. h. sie erreichten weniger als vier von zehn Punkten: Vietnam, China, Afghanistan, Laos und Nordkorea. Im Gegensatz dazu wurde in Lateinamerika nur Kuba als autoritäres Regime eingestuft. Vgl. The Economist Intelligence Unit (2016): *Democracy Index 2016: Revenge of the »deplorables«*, http://pages.eiu.com/rs/783-XMC-194/images/Democracy_Index_2016.pdf (aufgerufen am 29.6.2017).

autokratischen Regime zunehmend voneinander lernen, haben sich diese antidemokratischen Tendenzen in den letzten Jahren noch verstärkt. Je nach Demokratisierungsindex werden in Asien teilweise überhaupt keine Länder als *full democracies* angesehen, sondern lediglich einige Länder als *flawed democracies* eingestuft – nämlich Japan, Südkorea, Indien, Taiwan, Timor-Leste, Indonesien, die Philippinen, die Mongolei, Malaysia, Sri Lanka, Hongkong, Singapur und Papua Neuguinea.⁶¹ Doch selbst in den allermeisten dieser Staaten gibt es starke autoritäre Tendenzen, die von den besorgniserregenden Äußerungen der neuen Staatschefs in Indien und den Philippinen bis hin zu einer fast ununterbrochenen »Einparteienherrschaft« in Japan reichen. Unabhängig vom Regimetyp gilt für Lateinamerika wie für Asien jedoch gleichermaßen, dass die Effektivität politischen Handelns in fast allen Ländern durch Korruption, Nepotismus und die mangelnde Praxis, politisches Fehlverhalten zu ahnden, unterminiert wird, was zur Ausbreitung eines distanzier-ten Verhältnisses vieler Bürger_innen gegenüber ihren Staatsvertreter_innen geführt hat.

Auch in autoritären asiatischen Regimen, bezüglich derer vermutet werden könnte, dass hier – im positiven Sinne einer schärferen Sozial- und Umweltgesetzgebung – »durchregiert« werden kann, ist dies mitnichten der Fall. Dass progressive Gesetze im Sinne einer schärferen Sozial- und Umweltgesetzgebung auch in diesen autoritären Staaten nicht umgesetzt werden, liegt an einer Reihe unterschiedlicher Faktoren, wie z. B. politischer Inkohärenz (das Umweltministerium verabschiedet ambitionierte NDCs, das Energieministerium »ambitionierte« Pläne zum Ausbau der Kohlekraft) oder einer mangelnden Einbindung wichtiger *stakeholder* in den Politikprozess, wodurch Strategien an den Bedürfnissen und Interessen der Betroffenen vorbei formuliert werden. Hinzu kommen häufig mangelnde personelle und finanzielle Kapazitäten zur Implementierung von Politiken auf subnationalen Ebenen sowie aufgrund mangelnder Rechtsstaatlichkeit enorme Hürden, eine Gesetzeseinhaltung einzuklagen.

61. Vgl. ebd. Laut Polity IV 2013 gelten als »volle Demokratien« (mit zehn von zehn Punkten) nur die Mongolei und Japan. Als nicht voll entwickelte »Demokratien« (sechs bis neun Punkte) werden Pakistan, Indien, Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien, die Philippinen und Südkorea eingestuft. Vgl. Marshall (2014): *Polity IV Project. Political Regime Characteristics and Transitions, 1800–2013*; <http://www.systemicpeace.org/polity/polity4.htm> (aufgerufen am 29.6.2017).

Grassierende Korruption ist nicht nur in der Politik, sondern in den meisten Ländern Asiens und Lateinamerikas ein weiteres gesamtgesellschaftliches Problem. Zudem wirkt sich Korruption auch negativ auf das Sozialgefüge und die Umwelt aus – so werden Arme noch stärker benachteiligt, illegale Kündigungen können durch Zahlungen »übersehen« werden und bei illegaler Müllentsorgung, Holzeinschlag im Nationalpark oder Genehmigungsverfahren für Atomkraftwerke wird »ein Auge zugeedrückt« etc.

Ein interessanter Unterschied besteht in der Bewertung erfolgreicher Regierungsführung, für die in Asien das BIP-Wachstum als maßgeblicher Indikator gilt. Wie eingangs angeführt, stehen asiatische Politiker_innen ihren »westlichen« Kolleg_innen in nichts darin nach, ihren Erfolg an BIP-Zahlen festzumachen. Aufgrund des tatsächlich beeindruckenden Wachstums in vielen Ländern war die diskursive Fokussierung auf ein »BIP-Schaulaufen« durch asiatische Politiker_innen ein kluger Schachzug. Entsprechend werden die Zahlen auch von weiten Teilen der Bevölkerung als maßgeblicher Erfolgsindikator angesehen. Dies ist insbesondere für die autoritär regierten Staaten Asiens wichtig, da sie die Legitimität des Regimes nur über solche quantifizierbaren *outputs* sicherstellen können, während input-Legitimität (Wie sind Machthaber_innen ins Amt gekommen?) und *throughput*-Legitimität (Wie nachvollziehbar sind politische Entscheidungsprozesse?) als Maßstäbe ausfallen.

Dies ist in den Demokratien Lateinamerikas anders: Hier zählt auch die Frage, wie viel Rückhalt eine Regierung bei den Wähler_innen genießt. Mit Blick auf den *output* des politischen Handelns wird daher auch weniger das BIP-Wachstum herangezogen, sondern eher auf Erfolge bei der Bekämpfung großer sozialer Probleme wie Kriminalität, Arbeitslosigkeit oder Inflation gesetzt, welche die Lebensumstände weit mehr beeinflussen als das ohnehin weitgehend von der Wohlstandsentwicklung entkoppelte BIP.

Ein weiterer Unterschied zu Lateinamerika zeigt sich in der häufig anzutreffenden Einstellung in Asien, der Staat und weniger die Bevölkerung wäre für die Organisation von Gesellschaft verantwortlich. Diese Kompetenzverortung beim Staat als »*provider*« von sozialer Sicherheit und einer sauberen Umwelt ist sowohl von (post-)sozialistischen als auch von (post-)feudalistischen Regimen forciert worden, deckt sich aber auch mit den in Asien vorherrschenden, hierarchischen

Staats- und Gesellschaftsordnungen vom Kastensystem bis zum Konfuzianismus. Die generell mangelnde Attribuierung von »Selbstwirksamkeit« wird auch dann nicht überprüft, wenn die Regierungsführung offensichtliche Schwächen aufweist. Verkürzt gesagt: Wenn in Thailand ein Strand einer Müllhalde gleicht, wird dies im Zweifel der Polizei angelastet, die die ordnungsgemäße Müllentsorgung nicht vorschriftsgemäß kontrolliert hat, und nicht den wegwerffreudigen Badegästen.

Wenn Bürger_innen beginnen, Missstände im Umweltbereich selbst anzugehen (z. B. inspiriert von der »Wiederbelebung« des symbolhaften Seouler Cheonggyecheon-Flusses),⁶² wird dies teilweise als illegitime Staatskritik eingestuft und entsprechend unterbunden.⁶³ Dies stellt sich in Lateinamerika, wo Bürgerinitiativen eine Normalität sind und die Erfahrung von »Selbstwirksamkeit« generell häufiger und früher eingeübt wird, anders dar. Insbesondere in einigen sozialen Belangen ist es jedoch sowohl in Lateinamerika als auch in Asien üblich, aufgrund der Schwäche staatlicher Systeme auf innerfamiliäre oder nachbarschaftliche »Sicherungsnetze« – vom Krankengeld bis hin zur Kreditvergabe – zurückzugreifen, wodurch soziale Unterschiede weiter vertieft werden.

Deutliche Unterschiede zwischen Lateinamerika und Asien, aber auch zwischen den asiatischen Subregionen, zeigen sich generell mit Blick auf die politische Opposition und insbesondere hinsichtlich der »Linken«. In den Ländern Lateinamerikas gehört das Vorhandensein starker Oppositionsparteien und politischer Pluralismus zur Normalität. Dies ist in Asien mit wenigen Ausnahmen nur in Südasien der Fall. In den allermeisten ost- und südostasiatischen Ländern haben Regierungsparteien eine herausragende Vormachtstellung, inklusive der Kontrolle von Geheimdiensten, Medien und sozialen Netzwerken. Einen wichtigen Teil der Oppositionsbewegungen Lateinamerikas bilden jedoch seit jeher linke Bewegungen. Erst in letzter Zeit haben sich einige dieser Bewegungen zu Parteien »konsolidiert«, die in mehreren Staaten politische Mehrheiten erringen konnten. Die linken Bewegungen sind deshalb jedoch keineswegs verschwunden, befinden sie sich

nun aber häufig im Zwiespalt, entweder ihre kompromissbereite und Sachzwängen ausgesetzte Regierung zu unterstützen oder bei ihren radikaleren Forderungen zu bleiben. In Süd(ost)asien (Südasien bildet hier wiederum eine Ausnahme) sind linke Bewegungen dagegen sehr schnell zu Parteien institutionalisiert worden, wobei sich auch die meisten Einwohner_innen (ehemaliger) sozialistischer Länder einig sein dürften, dass deren Regierungspolitik nicht wirklich sozialistischen Idealen entsprach bzw. entspricht. Da linke Bewegungen durch diese Parteien aufgesogen worden sind, ist hier heute keine »echte« Linke mehr übrig.

Ähnlich große Unterschiede zeigen sich in Bezug auf Massenbewegungen und die Zivilgesellschaft, wobei indigenen Gruppen hier eine Sonderrolle zukommt. Massenbewegungen sind in Lateinamerika ein Breitenphänomen: Den lateinamerikanischen Bewegungen gelingt dabei geradezu beispielhaft, sehr heterogene Akteure (Kleinbauern und -bäuerinnen, Intellektuelle, Gewerkschafter_innen, NGO-Mitarbeiter_innen und progressive Vertreter_innen der Kirchen) zusammenzubringen und über ein breites Themenspektrum miteinander in Verbindung zu setzen – von der sozialen Gerechtigkeit über die Demokratieförderung bis hin zum Feminismus und ökologischer Nachhaltigkeit. Vertreter_innen indigener Gruppen – vor allem in den Andenländern und in Uruguay sowie in geringerem Maße auch in Brasilien und Mexiko – erlangen hier teilweise eine Meinungsführerschaft, die nicht nur in Asien ihresgleichen sucht.

Als Repräsentant_innen des kulturellen Erbes vorkolonialer Epochen leben sie alternative Lebensstile vor, die heute oft unter dem Stichwort »*buen vivir*« zusammengefasst werden und vielen anderen Gruppen als theoretische und/oder praktische Inspiration dienen. Dies gilt vor allem für Lebensentwürfe auf kommunaler Ebene, wobei dieses Gedankengut in einigen wenigen Ländern auch Eingang in die Politik gefunden hat. In ländlichen Gegenden, die stark von indigener Bevölkerung geprägt sind, ist auch der gelebte Widerstand gegen Großinfrastrukturprojekte wesentlich präsenter. Zudem hat die Anzahl von Konflikten, die aus dem extraktivistischen und expansionistischen Wirtschaftsmodell resultieren allgemein zugenommen (auch unter »linken« Regierungen). Ein Äquivalent zu derartigen, vor allem indigen geprägten Bewegungen existiert in Asien leider nicht.

62. Vgl. Wang (2014): How the Cheonggyecheon River Urban Design Restored the Green Heart of Seoul. In: Inhabitat, 11.8.2014; <http://inhabitat.com/how-the-cheonggyecheon-river-urban-design-restored-the-green-heart-of-seoul/> (aufgerufen am 29.6.2017).

63. So beispielsweise geschehen bzgl. einer Bürgerbewegung zur Reinigung des historisch bedeutsamen »To Lich«-Flusses in der vietnamesischen Hauptstadt Hanoi.

Auch in Bezug auf Massenbewegungen gelingt Ähnliches in Asien, wenn überhaupt, nur in südasiatischen Ländern. Mittlerweile haben sich zwar auch in anderen Ländern der Region, z. B. in Malaysia und Hongkong, soziale Bewegungen formiert, die sich jedoch meist auf ein Thema fokussieren und somit auch weniger erfolgreich darin sind, Akteure mit unterschiedlichen Hintergründen zusammenzubringen und Allianzen zu schmieden. In den stärker autoritär ausgerichteten Regimen sind Massenbewegungen ohnehin verboten bzw. werden unterbunden.

Nicht ganz so unterschiedlich zeigt sich das Bild in Bezug auf den NGO-Sektor. In Lateinamerika haben NGOs offiziell sehr viele Freiheiten und nutzen diese auch, um Regierungshandeln zu beeinflussen. Allerdings kommt es auch hier zu Fällen, in denen staatliche Stellen versuchen, die Agenda von NGOs zu kooptieren. In Asien gibt es eine wachsende Zahl von NGOs, von denen sich einige stark professionalisieren. Repressionen bestehen zwar in allen Ländern – von Repressalien gegenüber Umweltaktivist_innen in Indien bis hin zur extremen Einschränkung von Handlungsmöglichkeiten in China oder Vietnam –, doch selbst in diesen autoritären Regimen konnten sich NGO-Vertreter_innen Zugang zu politischen Entscheidungsträger_innen erarbeiten – ob ihre Meinungen Gehör finden, steht freilich auf einem anderen Blatt. Auffällig ist jedoch, dass asiatische NGOs, ähnlich wie Bewegungen, häufig auf einen Bereich fokussiert sind und selten über diesen selbstgewählten Tellerrand hinausblicken, während ihre Kolleg_innen in Lateinamerika schnell Bezüge zwischen beispielsweise lokalen Bedürfnissen zur Klimawandelanpassung und dem globalen Finanzkapitalismus herstellen.

Diese Unterschiede rühren vor allem aus unterschiedlichen Haltungen zum kritischen Denken und zur Meinungsfreiheit. Während es in Lateinamerika durchaus dazu kommt, dass Kleinbauern und -bäuerinnen mit vergleichsweise niedrigem Bildungsgrad einen großen deutschen Energiekonzern verklagen, da sie die Zusammenhänge analysieren und das »big picture« zu sehen,⁶⁴ ist ein derart kritisches Hinterfragen von Gesamtzusammenhängen in vielen asiatischen Ländern eher unüblich (wobei Unterschiede zwischen den Ländern bestehen und z. B. Indien hier ausgenommen werden muss).

64. Gemeint ist der Fall Huaraz gegen RWE. Vgl. Germanwatch (2017); <https://germanwatch.org/der-fall-huaraz> (aufgerufen am 29.6.2017).

Dies hat vermutlich damit zu tun, dass insbesondere in autoritären Regimen versucht wird, kritisches Hinterfragen von Zusammenhängen bei einem großen Teil der Bevölkerung von vornherein zu unterbinden. Dies spiegelt sich häufig nicht nur im Bildungssystem, sondern auch in der Familie oder am Arbeitsplatz wider, wo ein erfülltes Leben in der perfekten Ausführung sozialer Rollen und der Harmonie mit anderen Familienmitgliedern oder Kolleg_innen gesehen wird. Zementiert wird diese Einstellung in vielen Gesellschaften zudem durch Hierarchien, die an das Kastensystem oder den Konfuzianismus angelehnt sind und generell Ältere gegenüber Jüngeren, Männer gegenüber Frauen und höher Gebildete gegenüber niedriger Gebildeten privilegieren. »Thinking out of the box« ist hier nicht vorgesehen und nicht erwünscht, sodass auch ein Mitarbeiter einer vietnamesischen NGO, die sich auf Klimawandelanpassung spezialisiert hat, in der Regel eher darauf verzichten würde, einen nationalen oder internationalen Energiekonzern zu kritisieren, als »aus der Rolle zu fallen«. Hinzu kommt, dass die Presse- und Meinungsfreiheit in vielen asiatischen Ländern extrem eingeschränkt ist: Vier der zehn Länder mit der geringsten Pressefreiheit finden sich in Asien.⁶⁵

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass aufgrund sozial-ökonomischer Voraussetzungen in Asien nicht nur weniger Anlass als in Lateinamerika für eine Diskussion über eine sozial-ökologische Transformation gesehen wird, sondern es von vornherein auch weniger Akteure gibt, die einen solchen Diskurs befördern könnten. Von Individuen, denen selten systemisches Denken und Selbstwirksamkeit vermittelt werden, bis hin zu indigenen Gruppen, NGOs, progressiven Bewegungen und Oppositionsparteien, die neue Allianzen schmieden könnten, sind – zumindest außerhalb Südasiens – nur wenige Träger_innen für einen Diskurs über alternative Entwicklungspfade zu finden. Wo sich Ansätze von Kritik zeigen, werden diese zudem häufig durch staatliche Repressalien unterdrückt.

Das Ergebnis all dieser historischen, ökonomischen, sozialen und politischen Faktoren sind völlig unterschiedliche Diskurse im Hinblick auf alternative Entwicklungspfade. Während es in Lateinamerika eine ganze Reihe überlappender Diskurse gibt, die sich mittlerweile selbst in Verfassungen niedergeschlagen

65. Nordkorea, China, Vietnam und Laos. Vgl. Reporters Without Borders (2017): *2017 World Press Freedom Index*; <https://rsf.org/en/ranking> (aufgerufen am 29.6.2017).

haben,⁶⁶ existiert eine vergleichbare Situation in Asien nur im kleinen Himalaya-Staat Bhutan. Zwar treten in Indien (mit dem bekanntesten Vertreter Amartya Sen) und mittlerweile auch in China einzelne Persönlichkeiten in Erscheinung, die eine Abkehr von bisherigen Entwicklungspfaden fordern; einen Diskurs über eine Transformation des Systems, der auf sozialen und ökologischen Überlegungen basiert und auch eine Wachstumskritik beinhaltet, statt nur auf Verbesserungen innerhalb des bestehenden Systems abzielen, gibt es jedoch so gut wie nicht.⁶⁷

Sollten Vertreter_innen alternativer Entwicklungspfade in Asien deshalb resigniert aufgeben? Dies wäre angesichts der eingangs geschilderten Notwendigkeit für eine sozial-ökologische Transformation fatal. Im letzten Abschnitt werden deshalb Empfehlungen ausgesprochen, wie eine Diskussion über alternative Entwicklungspfade in Asien befördert werden kann.

Empfehlungen: Wie wir den Diskurs über eine sozial-ökologische Transformation in Asien befördern können

Zunächst liegt auf der Hand, dass ein verstärkter Austausch zwischen Lateinamerika und Asien über alternative Wachstumsmodelle sinnvoll wäre. Ein solcher »Süd-Süd-Austausch« wäre auf allen Ebenen wünschenswert, zwischen Politiker_innen, Journalist_innen, indigenen Gruppen und Vertreter_innen der Zivilgesellschaft. Dabei muss der Wissenstransfer keine Einbahnstraße sein: Während lateinamerikanische Akteure progressive Überzeugungen und Ideen bezüglich der Suche nach alternativen Entwicklungspfaden nach Asien bringen könnten, könnte ihr Diskurs umgekehrt von asiatischen Ideen zum *green growth* befruchtet werden, die in der lateinamerikanischen Debatte bisher unterrepräsentiert waren. Ein verstärkter Austausch zwischen Vertreter_innen europäischer *degrowth*-Diskurse mit Asien wäre

66. Vgl. Republic of Ecuador (2008): *Constitution of the Republic of Ecuador*, <http://pdba.georgetown.edu/Constitutions/Ecuador/english08.html> (aufgerufen am 29.6.2017).

67. Einer der wenigen Artikel, der sich aus ostasiatischer Perspektive mit alternativen Entwicklungspfaden auseinandersetzt, ist Gunderson / Yun (2017): South-Korea green growth and the Jevons paradoxon. In: *Journal of Cleaner Production*, 144, S. 239–247. In Indien wären hier vor allem die Werke Vandana Shivas zu nennen, deren Ausrichtung einer sozial-ökologischen Transformation sehr nahe kommen.

aufgrund der unterschiedlichen sozioökonomischen Voraussetzungen ebenfalls wünschenswert, vermutlich aber vor allem in Korea oder Japan zielführend. Zudem wäre im »westlichen« *degrowth*-Diskurs eine Reflektion darüber wichtig, was eine Veränderung von Konsummustern im Globalen Norden für die Produktionsländer im Globalen Süden bedeuten würde und wie ein solcher Wandel sozial abgefedert werden könnte.

Vertreter_innen alternativer Entwicklungsmodelle, die einen Diskurs in Asien befördern möchten, sollten ...

- ... **unterstreichen, dass die Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation eine Chance und keine Bedrohung darstellt.** Auch in Asien wird vor allem über *burden sharing* bezüglich ökologischer Verantwortung diskutiert, statt einen ökologischen Umbau der Gesellschaft als Chance zu begreifen, soziale Verwerfungen anzugehen und zu einem besseren Leben für alle Mitglieder einer Gesellschaft beizutragen.
- ... **Akteure zusammenbringen, die sich vor allem mit sozialen bzw. ökologischen Belangen befassen.** Häufig arbeiten diese Akteure in Asien »aneinander vorbei« bzw. sogar gegeneinander. Für das Nachdenken über alternative Entwicklungsmodelle ist jedoch das Verständnis essenziell, dass die soziale und ökologische Krise gemeinsame Ursachen haben, die gemeinsam angegangen werden müssen.
- ... **hierbei unterstreichen, dass »Insellösungen« zur Überwindung der sozialen und ökologischen Krise nicht ausreichen werden.** Viele NGOs, aber auch Geber-Institutionen fokussieren sich, gemeinsam mit den jeweiligen Regierungen, auf kleinteilige technische Lösungen, wie z. B. die Auszahlungsmodalitäten für Sozialtransfers oder den Erhalt von Biodiversität, und übersehen dabei wichtige Schnittstellen sowie die Notwendigkeit eines systemischen Ansatzes, um ökologische und soziale Probleme langfristig zu adressieren. Vorbildcharakter haben hier die SDGs, in denen soziale und ökologische Belange zusammen gedacht werden.
- ... **die soziale Undurchlässigkeit vieler asiatischer Gesellschaften problematisieren und herausstellen, dass diese strukturell bedingt sind.**

Der Willen zu einem Umbau der Gesellschaft auf Basis gesamtgesellschaftlicher Solidarität kann nur gestärkt werden, wenn die Ansicht herausgefordert werden kann, dass sich die eigene Lebenssituation vor allem an individuellen, nicht aber an systemischen Faktoren festmacht.

- **... das Umweltbewusstsein auf allen Ebenen fördern.** Dies schließt die gesamte Bevölkerung ebenso ein wie politische Entscheidungsträger_innen. Besonders wichtig wäre in Asien die Förderung der Ansicht, dass Natur einen »Wert an sich« darstellt, der sich an ethischen (oder auch religiösen) Überzeugungen und nicht nur an materiellen Werten festmacht (z. B. der Erhalt von Wäldern an Wasserscheiden). Hier kann bei anerkannten ethisch-religiösen Meinungsführer_innen, aber auch in der Bildungspolitik angesetzt werden.
- **... aufzeigen, dass »green growth« und »de-growth« keine entgegengesetzten, sondern sich ergänzende Konzepte sind.** Auch hier gilt es, Animositäten und »Insellösungen« zu überwinden, da das Nichtüberschreiten planetarischer Grenzen nur durch eine Kombination beider Ansätze erreicht werden kann.
- **... durch »best-practice«-Beispiele einer »just transition« den Befürchtungen sozialer Folgen einer ökologischen Transformation entgegen-treten.** Solche *best practice*-Beispiele sind zwar unter anderem bereits auf Kuba, jedoch noch nicht in Asien exploriert worden, obwohl der geplante Ausbau der Kohlekraft gerade in vielen asiatischen Ländern reichlich Anlass dazu böte.⁶⁸
- **... politische Partizipation fördern.** Eine tiefgreifende Transformation, die »von oben« durchgesetzt werden soll, ohne auf die Interessen der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Da es keine »Blaupause« für eine sozial-ökologische Transformation gibt, ist eine gesamtgesellschaftliche Debatte über die Ausrichtung eines neuen Entwicklungsmodells unabdingbar. Diese sollte vor dem Hintergrund der vielfältigen Interessen, die in einer Gesellschaft vertreten sind, sowie

von best-practice-Beispielen für eine »Transformation im Kleinen«, wie sie Bürgerinitiativen oder NGOs »on the ground« anstoßen, geführt werden.

- **... dazu beitragen, den Austausch zwischen verschiedenen Akteuren der Zivilgesellschaft zu intensivieren.** In Asien besteht eine weit geringere Vernetzung von Massenbewegungen, NGOs, indigenen Gruppen und Bürgerbewegungen als in Lateinamerika, obwohl diese teilweise ähnliche Interessen verfolgen.
- **... eine »echte Linke« in Asien fördern.** »Linke« Bewegungen in Asien sind teilweise sehr früh zu Parteien geformt worden. Aufgrund der politischen Rahmenbedingungen ist die Förderung von Parteien und Bewegungen jedoch sensibel. Wo dies politisch möglich ist, sollte daher gerade hier der Anschluss an eine Debatte über alternative Entwicklungspfade auf anderen Kontinenten befördert werden.⁶⁹

Die oben genannten Empfehlungen richten sich an Vertreter_innen progressiver Ansätze, die mit allen Akteuren des gesellschaftlichen Spektrums arbeiten – von der Bürgerinitiative bis hin zum/zur politischen Meinungsführer_in. Darauf aufbauend sollen zuletzt noch Empfehlungen für zwei Gruppen vorgestellt werden: Diese Gruppen müssen auf jeden Fall in die Diskussion über alternative Entwicklungspfade eingebunden werden, um eine möglichst breite Unterstützung sicherzustellen sowie Interessenskonflikte von vornherein zu minimieren.

Bei der Zusammenarbeit speziell mit Politiker_innen, die eine sozial-ökologische Transformation selbstverständlich mitgestalten müssen, sollte ...

- **... mit Verweis auf internationale Klimagerechtigkeit vor allem die Forderung nach einer gerechten Verteilung von Chancen, nicht nur Lasten unterstützt werden.** Viele politische Meinungsführer_innen sehen die Debatte über Klimagerechtigkeit weiterhin als Möglichkeit, sich von den »Lasten« der notwendigen Minderung von sowie der Anpassung an den Klimawandel teilweise loszusagen. Die Forderung nach der Einhaltung des

68. Die European Climate Foundation und auch das Regionalbüro der FES in Hanoi entwickeln hierzu derzeit Projekte.

69. Ein solches Netzwerk stellt z. B. das von FES in Asien unterstützte »Social Democracy in ASIA« (SOCDEM) dar.

Verursacherprinzips ist zwar teilweise berechtigt, sie unterstreicht jedoch die Wahrnehmung von Klimawandel-Minderung und -Anpassung in erster Linie als Belastung und nicht als Chance auf ein grundsätzliches Umsteuern. Eine sozial-ökologische Transformation sollte jedoch als gesamtgesellschaftliche Chance begriffen werden. Um diese Sichtweise zu unterstützen, wäre es daher wichtig, dem Globalen Süden tatsächlich die Möglichkeit zu eröffnen, von den ökonomischen Chancen, die eine solche Transformation bietet, zu profitieren.


- **... auf das Risiko politischer Instabilität durch die soziale und ökologische Krise hingewiesen werden.** Dass soziale Verwerfungen gesellschaftliche Stabilität unterminiert und politische Legitimität schwinden lässt, ist keine neue These, sollte jedoch weiterhin hervorgehoben werden. Neu ist allerdings der Unmut der Bevölkerung, bis hin zu Protesten, aufgrund der sich verschlechternden Umweltqualität. Auch hier sollte aufgezeigt werden, dass Umweltzerstörung keinesfalls als »weiches« politisches Thema begriffen, sondern schon aus Eigeninteresse hoch auf die politische Agenda gesetzt werden sollte.
- **... zu einer Abkehr von der Verknüpfung politischen Erfolgs mit hohem BIP-Wachstum geraten werden.** Obwohl teilweise bereits eine Diskussion über die wünschenswerte Höhe des BIP-Wachstums eingesetzt hat, wird diese Messgröße weiterhin zur Bewertung politischen Erfolgs eingesetzt. Stattdessen sollte politischer Erfolg an Indikatoren zur sozialen Umverteilung und zur Breitenwirksamkeit einer Wohlstandsentwicklung festgemacht werden, welche eher durch eine Orientierung auf den Binnenmarkt als durch eine (fragile) Exportförderung erzielt werden kann.
- **... unterstrichen werden, dass eine Suche nach alternativen Entwicklungsmodellen eine Erweiterung des politischen Handlungsspielraums bedeutet.** Viele Politiker_innen sehen den wachsenden Handlungsdruck und zunehmende Forderungen nach mehr politischer Partizipation als Einengung ihrer Handlungsspielräume. Demgegenüber sollte unterstrichen werden, dass die gesamtgesellschaftliche Ausgestaltung einer sozial-ökologischen Transformation der Stärkung politischer

Steuerungsfähigkeit sowie der Erweiterung politischer Problemlösungsfähigkeiten durch einen Zugewinn von Lösungskompetenzen und Legitimität dient.

Die wachsenden Mittel- und Oberschichten Asiens werden selten adressiert; ihre Unterstützung bei der Suche nach alternativen Entwicklungspfaden ist jedoch von essenzieller Bedeutung. Deshalb sollte bei der Zusammenarbeit mit ihnen ...

- **... hervorgehoben werden, dass ungebremsstes Wachstums negative Folgen hat, Entwicklung aber nicht immer mit Zerstörung gleichgesetzt werden muss.** Zwar haben Mitglieder dieser Schichten zumindest die finanziellen Möglichkeiten, sich teilweise gegen Umweltverschmutzungen zu schützen; dass es aber keinen Entwicklungsfortschritt bedeutet, Wasser aus Plastikflaschen trinken oder teure Luftfilter anschaffen zu müssen, kann auch in diesen Kreisen deutlich gemacht werden.
- **... ein selektiver und bewusster Konsum gefördert werden.** Hier sollten sowohl Stimmen gefördert werden, die eine zu starke Ausrichtung auf materielle Werte kritisieren, als auch Gruppen, die sich für nachhaltige Produkte interessieren.⁷⁰ Obwohl es hier bereits Ansätze für Debatten gibt, ist eine Diskussion über die Langlebigkeit von Produkten bisher ausgeblieben.
- **... die Erfahrung von Selbstwirksamkeit ermöglicht werden.** Für ein verstärktes »*thinking out of the box*« und die Erfahrung, dass jede_r selbst etwas zur Verbesserung der sozialen und Umweltsituation beitragen kann, scheint dies der erfolgversprechendste Weg zu sein. Während eine grundlegende Reform des Bildungssystems sowie die Veränderung traditioneller Rollenbilder in der Familie wünschenswert sind, jedoch eine längere Zeit in Anspruch nehmen, kann Selbstwirksamkeit auch von Erwachsenen in kürzeren Zeiträumen erfahren werden. Wichtig zur Förderung dieser Ansätze wären beispielsweise ein *solution based journalism*, der eher Lösungsvorschläge für jedermann unterbreitet, als ausschließlich auf Probleme hinzuweisen, sowie der Ausbau von Freiwilligen-

70. Ein entsprechendes Projekt startet in 2017 u. a. das FES-Büro in Indonesien.



arbeit und Bürgerinitiativen, was auch zu einer stärkeren Identifikation mit dem eigenen Handeln statt mit dem eigenen Besitz beitragen kann. Darüber hinaus können solche Initiativen auch dazu beitragen, das vorherrschende Motto »*help yourself!*« in eine stärkere Bereitschaft zu »*change the system!*« zu wandeln – eine Einstellung, die eine Grundvoraussetzung für eine gesamtgesellschaftliche Transformation wäre.

Letztlich kann nur an Vertreter_innen progressiver Ideen appelliert werden, trotz der schwierigen Ausgangslage in Asien den Mut nicht zu verlieren und einen Diskurs über eine sozial-ökologische Transformation zu befördern. Dies ist nicht nur aufgrund der eingangs aufgezeigten Notwendigkeit zur Überwindung der sozialen und ökologischen Krise dringend angezeigt, sondern würde Asien auch die Chance der Erprobung alternativer, landesspezifischer Entwicklungspfade eröffnen.

Brand, Ulrich (2016): »Transformation« as a New Critical Orthodoxy. The Strategic Use of the Term »Transformation« Does Not Prevent Multiple Crises. In: *GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society*, 25(1), S. 23–27.

CAIT Climate Data Explorer (2012): Emission projections; <http://cait.wri.org/projections/#/?collection=projections%20ghg%20emissions%20data&maxYear=undefined&minYear=undefined> (aufgerufen am 29.6.2017).

D’Alisa, Giacomo / Demaria, Federico / Kallis, Giorgos (Hrsg.) (2015): *Degrowth: A Vocabulary for a New Era*, Routledge.

Deutscher Bundestag (2013): *Schlussbericht der Enquete-Kommission*. Bonn; <https://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/175745/schlussbericht-der-enquete-kommission> (aufgerufen am 29.6.2017).

Diez, Thomas (1999): Speaking »Europe«. The Politics of Integration Discourse. In: *Journal of European Public Policy* 6(4), S. 598–613.

Eckart, Jonathan (2016): 8 things you need to know about China’s economy. In: *World Economic Forum*, 23.6.2016; <https://www.weforum.org/agenda/2016/06/8-facts-about-chinas-economy/> (aufgerufen am 29.6.2017).

Elson, Anthony (2006): The Economic Growth of East Asia and Latin America in Comparative Perspective: Lessons for Development Policy. In: *World Economics* 7(2), S. 97–114; <http://citeseerx.ist.psu.edu/viewdoc/download?doi=10.1.1.516.4315&rep=rep1&type=pdf> (aufgerufen am 29.6.2017).

Frankfurt School – UNEP Collaborating Centre for Climate & Sustainable Energy Finance (2016): *Global Trends in Renewable Energy Investment 2016*; <http://fs-unesp-centre.org/publications/global-trends-renewable-energy-investment-2016> (aufgerufen am 29.6.2017).

Freedom House (2017): *Freedom in the World 2017*; <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2017> (aufgerufen am 29.6.2017).

Germanwatch (2017); <https://germanwatch.org/der-fall-huaraz> (aufgerufen am 29.6.2017).

Gudynas, Eduardo (2011): Neo-Extraktivismus und Ausgleichsmechanismen der progressiven südamerikanischen Regierungen. In: *Kurswechsel* 3/2011, S. 69–80; <http://www.gudynas.com/publicaciones/GudynasNeoExtraktivismStateKurswechsel2011.pdf> (aufgerufen am 29.6.2017).

Gunderson, Ryan / Yun, Sun-Jin (2017): South-Korea green growth and the Jevsons paradoxon. In: *Journal of Cleaner Production* 144, S. 239–247.

Hughes, Alice C. (2017): Understanding the Drivers of Southeast Asian Biodiversity Loss. In: *Ecosphere* 8(1).

International Energy Agency (2016): *Energy and Air Pollution. Executive Summary*. Paris.



Iskyan, Kim (2016): China's middle class is exploding. In: Business Insider, 28.8.2016; <http://www.businessinsider.com/chinas-middle-class-is-exploding-2016-8> (aufgerufen am 29.6.2017).

ITUC (2016): Gewerkschaften & Klimawandel. Ein gerechter Übergang. Der richtige Weg zum Klimaschutz; <https://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/01-TransitionDE.pdf> (aufgerufen am 29.6.2017).

Kaufman (2016): Amount Of Money Divested From Fossil Fuels Doubled Since Last Year. As President-elect Donald Trump's retrograde climate agenda takes shape, this should be welcome news. In: Huffpost, 12.12.2016; http://www.huffingtonpost.com/entry/fossil-fuel-divestment_us_584ee51de4b0bd9c3dfdbce8 (aufgerufen am 29.6.2017).

Keft, Sönke / Eckstein, David / Melchior, Inga (2017): Global Climate Risk Index 2017. Who Suffers Most From Extreme Weather Events?; <https://germanwatch.org/de/download/16411.pdf> (aufgerufen am 29.6.2017).

Lepenies, Philipp (2013): Die Macht der einen Zahl. Eine politische Geschichte des Bruttoinlandsprodukts, Frankfurt: Suhrkamp.

Marshall, Monty G. (2014): Polity IV Project. Political Regime Characteristics and Transitions, 1800–2013; <http://www.systemicpeace.org/polity/polity4.htm> (aufgerufen am 29.6.2017).

Matthews, Sally (2004): Post-Development Theory and the Question of Alternatives. A View from Africa. In: Third World Quarterly 25(2), S. 373–384.

McKinsey Global Institute (2016): Poorer than their Parents? Flat or Falling Incomes in Advanced Economies. Executive Summary; <http://www.mckinsey.com/~/media/McKinsey/Global%20Themes/Employment%20and%20Growth/Poorer%20than%20their%20parents%20A%20new%20perspective%20on%20income%20inequality/MGI-Poorer-than-their-parents-Flat-or-falling-incomes-in-advanced-economies-Executive-summary.ashx> (aufgerufen am 29.6.2017).

Müller, Henrik (2016): Stresstest für die Demokratie. Kapitalismus in der Krise. In: Spiegel Online, 19.2.2017; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/kapitalismus-in-der-krise-der-stresstest-fuer-die-demokratie-a-1134356.html> (aufgerufen am 29.6.2017).

Nielsen (2014): Global Consumers are Willing to Put Their Money Where Their Heart is When it Comes to Goods and Services from Companies Committed to Social Responsibility; <http://www.nielsen.com/us/en/press-room/2014/global-consumers-are-willing-to-put-their-money-where-their-heart-is.html> (aufgerufen am 29.6.2017).

Oxfam (2016): An Economy for the 1%. How privilege and power in the economy drive extreme inequality and how this can be stopped; https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file_attachments/bp210-economy-one-percent-tax-havens-180116-sum-en_0.pdf (aufgerufen am 29.6.2017).



Reporters Without Borders (2017): 2017 World Press Freedom Index; <https://rsf.org/en/ranking> (aufgerufen am 29.6.2017).

Republic of Ecuador (2008): Constitution of the Republic of Ecuador; <http://pdba.georgetown.edu/Constitutions/Ecuador/english08.html> (aufgerufen am 29.6.2017).

Roser, Max/Ortiz-Ospina, Esteban (2017): Global Extreme Poverty; <https://ourworldindata.org/extreme-poverty/> (aufgerufen am 29.6.2017).

Saxer, Marc (2017): Practical Guide to Transformative Change Making; <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/indien/13269.pdf> (aufgerufen am 29.6.2017).

Schipper, Jan et al. (2008): The Status of the World's Land and Marine Mammals: Diversity, Threat, and Knowledge. In: *Science* 322/5899, S. 255–230.

Schnaas, Dieter (2013): BIP BIP Hurra!. In: *Wirtschaftswoche*, 10.11.2013; <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/tauchsieder-bip-bip-hurra/9052994.html> (aufgerufen am 29.6.2017).

Steffen, Will / Richardson, Katherine / Rockström, Johan et al. (2015): Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet, in: *Science* 347/6223.

Goldenberg, Suzanne (2016): Plans for coal-fired power in Asia are »disaster for planet« warns World Bank. In: *The Guardian*, 5.5.2016; <https://www.theguardian.com/environment/2016/may/05/climate-change-coal-power-asia-world-bank-disaster> (aufgerufen am 29.6.2017).

The Economist (2016): World GDP; <http://www.economist.com/news/economic-and-financial-indicators/21707196-world-gdp> (aufgerufen am 29.6.2017).

The Economist Intelligence Unit (2016): Democracy Index 2016: Revenge of the »deplorables«, http://pages.eiu.com/rs/783-XMC-194/images/Democracy_Index_2016.pdf (aufgerufen am 29.6.2017).

The World Bank (2017): GDP growth (annual %), <http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG?locations=Z4-ZJ> (aufgerufen am 29.6.2017).

The World of Organic Agriculture: Statistics and Emerging Trends 2016; <http://www.organic-world.net/yearbook/yearbook-2016.htm> (aufgerufen am 29.6.2017).

UNESCO (2016): The United Nations World Water Development Report 2016. Water and Jobs. Facts and Figures. Colombella.

United States Environmental Protection Agency; <https://www.epa.gov/ghgemissions/global-greenhouse-gas-emissions-data> (aufgerufen am 29.6.2017).

VN Express (2016): Vietnam's middle class projected to double by 2020; <http://e.vnexpress.net/news/business/vietnam-s-middle-class-projected-to-double-by-2020-3489724.html> (aufgerufen am 29.6.2017).



ver.di (2016): Gutachten. Sozialverträgliche Ausgestaltung eines Kohlekonsenses; <https://ver-und-entsorgung.verdi.de/themen/energiewende/++co++98e6b066-7b06-11e6-918f-525400a933ef> (aufgerufen am 29.6.2017).

Wang, Lucy (2014): How the Cheonggyecheon River Urban Design Restored the Green Heart of Seoul. In: Inhabitat, 11.8.2014; <http://inhabitat.com/how-the-cheonggyecheon-river-urban-design-restored-the-green-heart-of-seoul/> (aufgerufen am 29.6.2017).

Welzer, Harald (2013): Selbst Denken. Eine Anleitung zum Widerstand, S. Fischer.

Werner, Alejandro (2015): The Latin American Growth Slowdown. In: Americas Quarterly, <http://www.americasquarterly.org/content/latin-american-growth-slowdown> (aufgerufen am 29.6.2017).

World Economic Forum (2016): The New Plastics Economy: Rethinking the future of plastics. Cologne/Geneva.

WWF (2016): Living Planet Report 2016. Risk and resilience in a new era; <https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF-LivingPlanetReport-2016.pdf> (aufgerufen am 29.6.2017).

Zerke, Erik (2014): NASA Says The Amazon is Drying Up, and That's Terrible News for Our Climate. In: The Weather Channel, 14.12.2014; <https://weather.com/science/environment/news/amazon-nasa-climate-change> (aufgerufen am 29.6.2017).

Zhao, Suisheng (2017): A time of test for the China model of economic growth. In: East Asia Forum, 29.1.2017; <http://www.eastasiaforum.org/2017/01/29/a-time-of-test-for-the-china-model-of-economic-growth/> (aufgerufen am 29.6.2017).



Weitere Webseiten

https://www.boell.de/sites/default/files/Buen_Vivir_engl.pdf (aufgerufen am 29.6.2017).

<https://www.degrowth.de/de/mediathek/> (aufgerufen am 29.6.2017).

<http://www.fes-transformacion.org/> (aufgerufen am 29.6.2017).

<http://www.grossnationalhappiness.com/> (aufgerufen am 29.6.2017).

<http://www.indexmundi.com/facts/indicators/SI.POV.GINI/rankings>
(aufgerufen am 29.6.2017).

<https://programm2016.klimacamp-im-rheinland.de/de/klimacamp2016/public/events/21>
(aufgerufen am 29.6.2017).

http://rainforests.mongabay.com/03highest_biodiversity.htm (aufgerufen am 29.6.2017).

<http://storyofstuff.org> (aufgerufen am 29.6.2017).

<http://storyofstuff.org/movies/story-of-stuff/> (aufgerufen am 29.6.2017).

<http://www.un.org/sustainabledevelopment/sustainable-development-goals/>
(aufgerufen am 29.6.2017).

<http://www.worldometers.info/world-population/> (aufgerufen am 29.6.2017).

<http://www.yestolifenotomining.org/collected-readings-on-post-extractivism/>
(aufgerufen am 29.6.2017).





Über die Autorin

Dr. Sonja Schirmbeck arbeitet seit 2012 für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Von 2013 bis 2017 war sie im Landesbüro Vietnam mit den Schwerpunktthemen green growth und Klimawandel sowie als Regionalkoordinatorin für die Klima-, Energie- und Umweltpolitik in Asien tätig. 2017 wechselte sie in das Referat Mittel- und Osteuropa der FES.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Asien und Pazifik
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Marc Saxer, Leiter des Referats Asien und Pazifik

Tel.: +49-30-269-35-7450 | Fax: +49-30-269-35-9250
<http://www.fes.de/international/asien/>
<https://www.facebook.com/FESWesteuropa.Nordamerika>

Bestellungen/Kontakt hier:
katharina.groene@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Weltweit setzt sich die FES für eine gerechte Gestaltung internationaler Klimapolitik, eine globale Energietransformation sowie für Postwachstum und eine gute Gesellschaft für alle ein. Unter dem Themenbereich »Internationale Energie- und Klimapolitik« hat die FES seit 2015 vier Regionalbüros in Lateinamerika/Karibik, Afrika, dem Mittleren Osten/Nordafrika und in Asien aufgebaut.

Nähere Informationen zur Arbeit der FES-Zentrale und der vier Regionalbüros finden sich unter
<http://www.fes.de/de/iez/globale-politik-und-entwicklung/themen/internationale-energie-und-klimapolitik/>.

Weitere Tätigkeiten zur Arbeit des Regionalbüros ins Asien finden sich unter
<http://www.fes-asia.org/our-work/climate-change-energy-and-the-environment/>.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-96250-071-9